

01 | 2017

- IBA StadtRegion Stuttgart 04
- Wohnraum schaffen – wie schaffen wir das? 08
- Umfassende gesellschaftliche Integration! 10
  - Feinstaubalarm – wie geht's jetzt weiter? 13
- Radverkehr? Im Prinzip ja, aber ... 14
  - Anhydrisisiko – wo bleibt der Plan B bei Stuttgart 21? 15
- Erzieher\*innen gesucht – was tun? 16
- Streetwork zwischen Konsum und Kultur 17
  - Faire Rente und Rosen 18
  - Aus den Bezirken: Lustlose Stadtgesellschaft? – Zukunft Bad Cannstatt 2030 – Theodor-Heuss-Kaserne – Villa Berg – ... 20
- Trauerspiel Rosensteintunnel 32

### LEITBILD

## Von der autogerechten Stadt ...

■ ... ZUR FLANIER- UND BEGEGNUNGS-ZONE CITY | In der Zeit des Wiederaufbaus der Stadt in den 1950er Jahren und den Jahrzehnten danach hat sich Stadtentwicklung stark an der autogerechten Stadt orientiert. Was zu Beginn eine Erfolgsgeschichte war, holt uns heute als Belastung für die Gesundheit, mit hohen Emissionen an Luftschadstoffen und Lärm und einem irrsinnigen Platzverbrauch im engen Kessel der Stuttgarter City ein. Die Zulassungszahlen der PKWs stiegen kontinuierlich an. Hierzu ein paar Zahlen in Baden-Württemberg: Im Jahr 1960 rollten noch 1,1 Millionen Autos durchs Land,

1970 waren es schon 2,4 Millionen, 1980 4,3 Millionen, 1990 5,7 Millionen und seit 2001 ist die Sieben-Millionen-Marke erreicht. Allein die Landeshauptstadt Stuttgart zählt Ende 2014 348.103 zugelassene Fahrzeuge. An diese Zahlen haben auch die damals autoverliebtesten Stadtplaner im Traum nicht gedacht. Gleichzeitig wächst das Bewusstsein der Menschen in der Stadt und im Land, dass das so nicht weitergehen kann und darf. Selbst für so radikale Maßnahmen wie Fahrverbote gibt es inzwischen mehrheitlich Zustimmung – keineswegs mehr nur von der Wählerschaft der Grünen, sondern auch ■ ■ ■



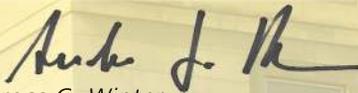
Im Hospitalviertel

## EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

■ Aktuell beschäftigt die Politik im Rathaus das Thema **Luftreinhaltung** und die dafür zu ergreifenden Maßnahmen, wie sie beispielsweise im Wirkungsgutachten des Landes aufgeführt sind. Auch wir gehen in verschiedenen Artikeln und unter verschiedenen Blickwinkeln darauf ein. Natürlich beschäftigt uns die Frage: **Wie wird sich Mobilität in den nächsten Jahren verändern?** Und wie und in welcher städtebaulichen Umgebung wollen wir in Zukunft leben, arbeiten, uns aufhalten? Damit wird sich auch die **IBA 2027 StadtRegion Stuttgart** auseinandersetzen; mit ihr befassen sich gleich mehrere Artikel. Spannend, wie die Urenkel der Architektengeneration Weißenhofsiedlung heute Lösungsansätze einbringen für ein gutes Zusammenleben in der Stadt und der Region.

**Der Wohnungsmarkt** ist nach wie vor angespannt. Stuttgart ist attraktiv und zieht viele Menschen an, die in der Landeshauptstadt leben und arbeiten wollen. Wir haben uns zahlreiche Gebiete in der Stadt angesehen und in einer Antragsserie vorgeschlagen, wie wir hier unter städtebaulichen wie auch sozial-räumlichen Gesichtspunkten behutsam nachverdichten können. Dies alles und mehr empfehlen wir Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit. Genießen Sie den Frühling.



Andreas G. Winter

bei den Wähler\*innen von SPD (62 Prozent) und CDU (56 Prozent). Umso erstaunlicher, dass diese Botschaft bei manchen Mandatsträger\*innen dieser Parteien wohl noch nicht angekommen ist.

### BLAUE PLAKETTE: BERLIN BREMST. UND WIR? FAHREN MEHRGLEISIG!

Die Umweltzone war ein wichtiger und richtiger Schritt. Nach Dieselgate und einem miserablen Umgang seitens der Automobilindustrie mit ihren eigenen Kund\*innen sind Maßnahmen wie die Blaue Plakette nicht nur der logische Schritt, sondern zwingend geboten. Bundesverkehrsminister Dobrindt steht auf der Bremse, während aus Brüssel die Forderung nach verschärften Zufahrtsbeschränkungen kommt.

Stuttgart hat mit dem Feinstaubalarm das richtige Zeichen gesetzt. Es ist ein großes Verdienst des Oberbürgermeisters, mit welcher Konsequenz er den von uns unterstützten Weg des Feinstaubalarms gegangen ist und damit erreicht hat, dass hier ein Bewusstsein geschaffen wurde – in der Region und über ihre Grenzen hinaus. Sogar eine Mehrheit der CDU-Anhänger\*innen im Land würde die drohenden Fahrverbote mittragen.

Darüber hinaus hat Stuttgart kontinuierlich an der Verbesserung des Stadtraums gear-

beitet. Mehr Grün in der Stadt, mehr Bäume für das Stadtklima und begrünte Gleisanlagen (da können es gerne mehr werden!) bis zur Mooswand, um nur einige wenige Maßnahmen zu nennen. Die Autorennstrecke Theo wurde beruhigt, Stadträume mit einer Gleichberechtigung von Auto-, Rad- und Fußverkehr entwickelt und vieles mehr. Dazu gehören auch Geschwindigkeitsbeschränkungen zur Verflüssigung, aber auch zur Minderung von Lärm- und Emissionsbelastungen aller Art.

**MIT ANDEREN PRÄMISEN** | Wir meinen, das Leitbild der autogerechten Stadt ist überwunden. Es steht längst an, den Stadtraum wieder neu zu denken und zu einer Begegnungszone für Menschen, mithin zu einer menschengerechten Stadt zu entwickeln, in der es Freude macht, sich aufzuhalten und zu flanieren. Wurde es früher einfach hingegenommen, dass der Mensch in Unterführungen abtaucht, damit oben das Auto rollt, so müssen wir uns daranmachen, in umgekehrter Richtung zu denken.

Damit meinen wir nicht neue und zugleich anachronistische Straßenprojekte oder gar ins Zentrum der Stadt führende Tunnelmoloche, die den Verkehr aus einem Tunnelmund direkt an die Kulturmeile spucken, die wir schließlich aufwerten wollen. Nein,

*P wie Pionier, Pilot, progressiv: Auf dieser Strecke werden die Busse der „P-Linie“ verkehren, im Fünf-Minuten-Takt und mit den nachhaltigsten Antrieben, die auf dem Markt verfügbar sind. Kartengrundlage: Landeshauptstadt Stuttgart, Stadtmessungsamt*

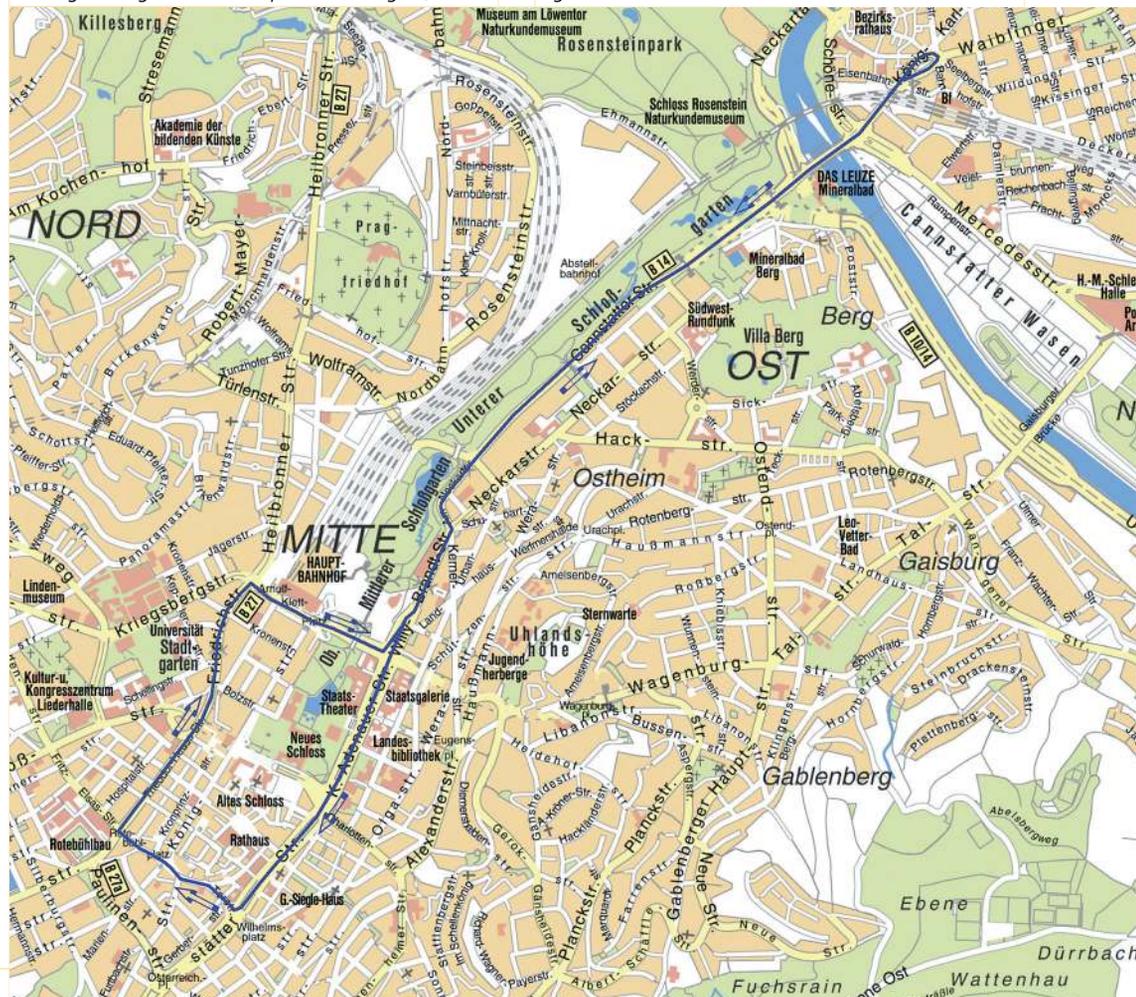




Foto: Redaktion

### ■ „ZEITREISE GEFÄLLIG?“

Aber hallo, der Aufdruck auf dem Landesdienstwagen macht Lust auf mehr! Nur einige Wochen in die Zukunft, bis hoffentlich der Ehrenhof im Neuen Schloss endlich autofrei sein wird. Jedoch – wir wollen es nicht kleinreden – auch bei der derzeitigen grünen Schlossherrin werden wir noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen.

wir müssen erreichen, dass mehr Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren oder das Fahrrad nutzen und wir zu einer nachhaltigen Mobilität im Miteinander der jeweils sinnvollsten Fortbewegungsart kommen. Dies entlastet die Umwelt, den Stadtraum, aber auch den tatsächlich notwendigen motorisierten Individualverkehr: Lieferverkehre, Handwerksfirmen, Pflegedienste und viele andere mehr. Hiermit, dem Ausbau des Radverkehrs und des ÖPNV, beschäftigen sich weitere Artikel in diesem Heft.

#### IM ZENTRUM: SICH AUFHALTEN, EINLASSEN, EINANDER BEGEGNEN – OHNE VERKEHRSSHEKTIK UND -BARRIEREN

Unter diesem Gesichtspunkt haben wir im November 2016 einen Antrag eingereicht, der die Innenstadt zu einer urbanen Zone der Begegnung weiterentwickeln will. Wo Menschen zu Fuß unterwegs sind, wo direkte Begegnungen von Mensch zu Mensch stattfinden, da lebt die Stadt auf. Wird der öffentliche Raum ansprechend gestaltet, gewinnt die Stadt einen Mehrwert an Lebensqualität für ihre Bürger\*innen und für ihre Gäste. Etliche Städte wie Bordeaux, Kopenhagen, Barcelona oder Melbourne haben ganze Innenstädte und Quartiere zu anregenden, Austausch und Kommunikation ermöglichenden öffentlichen Räumen entwickelt. Davon profitieren Anwohnerschaft, Einzelhandel, Gastronomie und Gewerbe gleichermaßen. Intelligente Verkehrskonzepte und nachhaltige Stadtentwicklung schaffen hierfür die Grundlagen. Auch die Stuttgarter Innenstadt hat in den zurückliegenden Jahren eine Aufwertung erfahren. Durch neue Beläge auf der König- und Marienstraße, der Begegnungszone in der Tübinger Straße, den beiden Fahrradstraßen bis hin zur Neugestaltung der

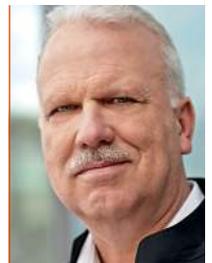
Lautenschlager- und der Kronprinzstraße. Es sind attraktive öffentliche Räume entstanden, die zum Verweilen einladen. Diese umgesetzten Maßnahmen, den öffentlichen Raum attraktiver zu gestalten, werden zu oft durch eigentlich unnötigen Verkehr konkurrenziert.

Wir alle kennen den Parksuchverkehr und das „Cruisen“ in der Bolzstraße, die die Königstraße am Schlossplatz kreuzt. Hier wollen wir erst einmal testen, die Zufahrt auf Anwohner\*innen, Liefer- und Parkhausverkehr zu beschränken. Sukzessive können danach die Einfahrten innerhalb des City-Rings geprüft werden. Dass einer der schönsten Plätze, der Ehrenhof im Neuen Schloss, als Parkplatz missbraucht wird, ist nicht mehr hinnehmbar. Wir werden weiter daran arbeiten, dem Ministerium dies klarzumachen.

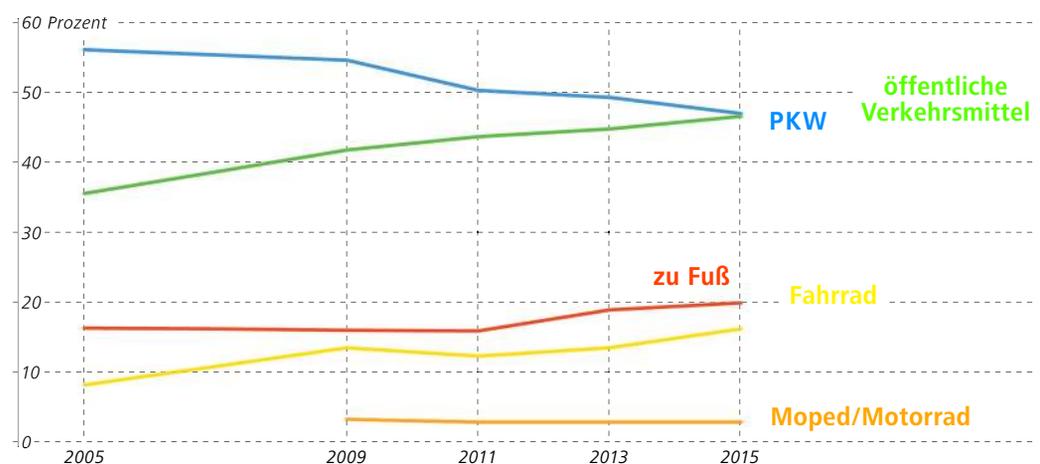
**DIE NEUE „P-LINIE“** | Um einzelne Stationen am City-Ring per ÖPNV zu verbinden und die U1 nach Bad Cannstatt zu entlasten, muss dort eine Buslinie eingerichtet werden. Dass dabei die modernsten

und emissionsärmsten Busse möglichst im Fünf-Minuten-Takt zum Einsatz kommen, ist für uns selbstverständlich – diese Pilotlinie für Stuttgart kann so zum echten Pionierprojekt für Mobilität werden. Dass wir diesen City-Ring, der die Stadt auf brutalste Weise in Manier einer bis zu achtspurigen Autobahn zerteilt, auf der ganzen Strecke städtebaulich betrachten und aufwerten müssen, versteht sich eigentlich von selbst. Dass die sogenannte Kulturmeile davon ein wichtiger Teil ist, sehen wir auch, aber wir möchten bewusst den Blick darüber hinaus lenken. Gerade in der Automobilstadt Stuttgart müssen wir intelligente Lösungen zu einer nachhaltigen Mobilität fördern und fordern. Mobilität, die dem Menschen dient und dabei hilft, die Stadt zu einem lebenswerteren und attraktiveren öffentlichen Raum zu entwickeln.

Andreas G. Winter



Verkehrsmittelwahl in Stuttgart, 2005–2015. Die Zahlen zeigen: Den Weg weg vom eigenen Auto haben viele Stuttgarter\*innen längst eingeschlagen. Die Frage lautete: „Welches Verkehrsmittel benutzen Sie meistens für den Weg zur Arbeit, Schule, Ausbildung?“, Mehrfachnennungen waren möglich.



Bürgerumfragen 2005, 2009, 2011, 2013 und 2015. Befragt wurden jeweils ca. 9.000 Stuttgarter Bürger\*innen; hier nur Erwerbstätige über 18 Jahre, einschließlich Schüler-/Student\*innen. Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt



# Internationale Bauausstellung 2017

**Die IBA StadtRegion Stuttgart – nur im regionalen Miteinander denkbar!**

■ Das „Memorandum IBA 2027 Stadt-Region Stuttgart“ nennt die vier übergeordneten Themen der als regional konzipierten IBA plus ihre vier Querschnittsqualitäten. Das zusammen soll das „Vier mal vier“ der IBA ergeben. Die Themen lauten:

- Baukultur einer Neuen Moderne
- Integrierte Quartiere
- Neue Technologien für die lebenswerte StadtRegion
- Region ist Stadt und Stadt ist Region

Querschnittsqualitäten:

- Mobile Region
- Nachhaltige Region
- Solidarische Region
- Partizipative Region

In dem ein ganzes Jahr währenden Prozess „Plattform 179“ (179 Gemeinden der Region Stuttgart) wurde das Memorandum der IBA entwickelt. Ziel ist auch – hundert Jahre nach Eröffnung der Weißenhofsiedlung –, Lösungsansätze für die städtebaulichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aufzuzeigen. Prämisse ist, die gesellschaftspolitischen Ziele mit den ästhetischen Zielen des Bauens zu verbinden. Die Frage, „Wie wollen wir in unserer Stadtregion in 20, 30, 40 Jahren leben?“, ist zu beantworten.

**EIN STARKER AUFTAKT! LEIDER MIT UNPASSENDEM SIGNAL UND FALSCHER WACHSTUMSPRÄMISSE** | Wir finden, Stadt und Region haben gemeinsam einen starken Auftakt gesetzt. Der Begriff Stadt-Region spricht für die gewollte Kommunikation und Kooperation der Kommunen. Die komplexen Aufgabenstellungen unserer Zeit erfordern auch die eng verzahnte Kooperation. Mit dem Memorandum erklärt die StadtRegion, sich diesen Aufgaben stellen zu wollen. Für den Prozess der regionalen Kooperation stehen wir Grünen. Keine Kommune löst die Probleme unserer Zeit alleine.

Die vielen guten programmatischen Ansätze des Memorandums werden leider durch anachronistische Bilder ins falsche Licht ge-

setzt. Die Ablichtung einer Dame mit Auto vor dem Corbusiergebäude aus dem Jahr 1927 in schlichtester Form auf das Jahr 2017 zu übertragen, ist einfach daneben. Die autofahrende Frau im Jahr 1927 signalisierte Emanzipation. Das Auto stellte damals eine revolutionäre Art der Fortbewegung dar. Ein Gebäude aus dem Werkstoff Beton mit sehr funktionalen Grundrissen, riesigen Glasfenstern und einem Flachdach stellte in jeder Beziehung einen enormen Kontrast zum 1927 vorherrschenden traditionellen Baustil aus Holz und Mauerwerk mit Satteldach dar. 2017 einfach wieder



Memorandum  
IBA 2027 StadtRegion Stuttgart  
Ergebnisse des IBA-Plattformprozesses



Wer das Memorandum lesen möchte, hier der Link: [http://iba2027.region-stuttgart.de/media/memorandum\\_iba\\_2027\\_stadtregion\\_stuttgart.pdf](http://iba2027.region-stuttgart.de/media/memorandum_iba_2027_stadtregion_stuttgart.pdf)

eine Frau mit Auto vor das Gebäude in der Weißenhofsiedlung zu stellen, greift einfach viel zu kurz und setzt die falschen Signale. Das Auto kann längst nicht mehr als Symbol für die Lösung unserer Mobilitätsprobleme herangezogen werden. Und beim Bauen geht es heute darum, energetisch autarke Gebäude herzustellen, deren Flächen flexibel zu nutzen sind. Und darum, die Natur in die Stadt zu holen, auch was die Materialität der Gebäude angeht. Die Probleme, die nicht zuletzt auch durch den massenhaften Individualverkehr entstanden sind, müssen nachhaltig gelöst werden. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, die Probleme von gestern zu lösen und

**■ DA WAR DOCH SCHON MAL WAS? DIE „IBA STUTTGART 2002–2007“** machte Ende der 1990er Schlagzeilen. Unter dem damaligen OB Schuster, gemeinsam mit Deutscher Bahn, Wirtschaftsförderer Pfeiffer und Projektsteuerer Dr. Sommer, sollte die IBA als Teilstück (!) von Stuttgart 21 stattfinden – also ausschließlich auf dem Rosensteinareal. Finanziert werden sollte das Projekt IBA Stuttgart 2002 vor allem unter Beteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart, der Deutschen Bahn und des Landes Baden-Württemberg. Die 30 Millionen D-Mark, die das Projekt insgesamt kosten sollte, wurden jedoch nie bereitgestellt. Bloß ein schöner Satz ist von der damaligen Projektidee übriggeblieben: „Das innere Stadtwachstum wird mit einem Weniger an Fläche ein Mehr an Stadt erzeugen.“

*Gabriele Munk*

Visionen für morgen zu entwickeln, ohne dabei neue Probleme für übermorgen zu schaffen. Deshalb sehen wir es kritisch, wenn im Memorandum von der Aufgabenstellung „Wandel unter Wachstum“ gesprochen wird. Wir Grünen sehen den Wandel und den Umbau im Vordergrund und gehen nicht von Wachstum aus. Die Ressource Boden ist endlich.

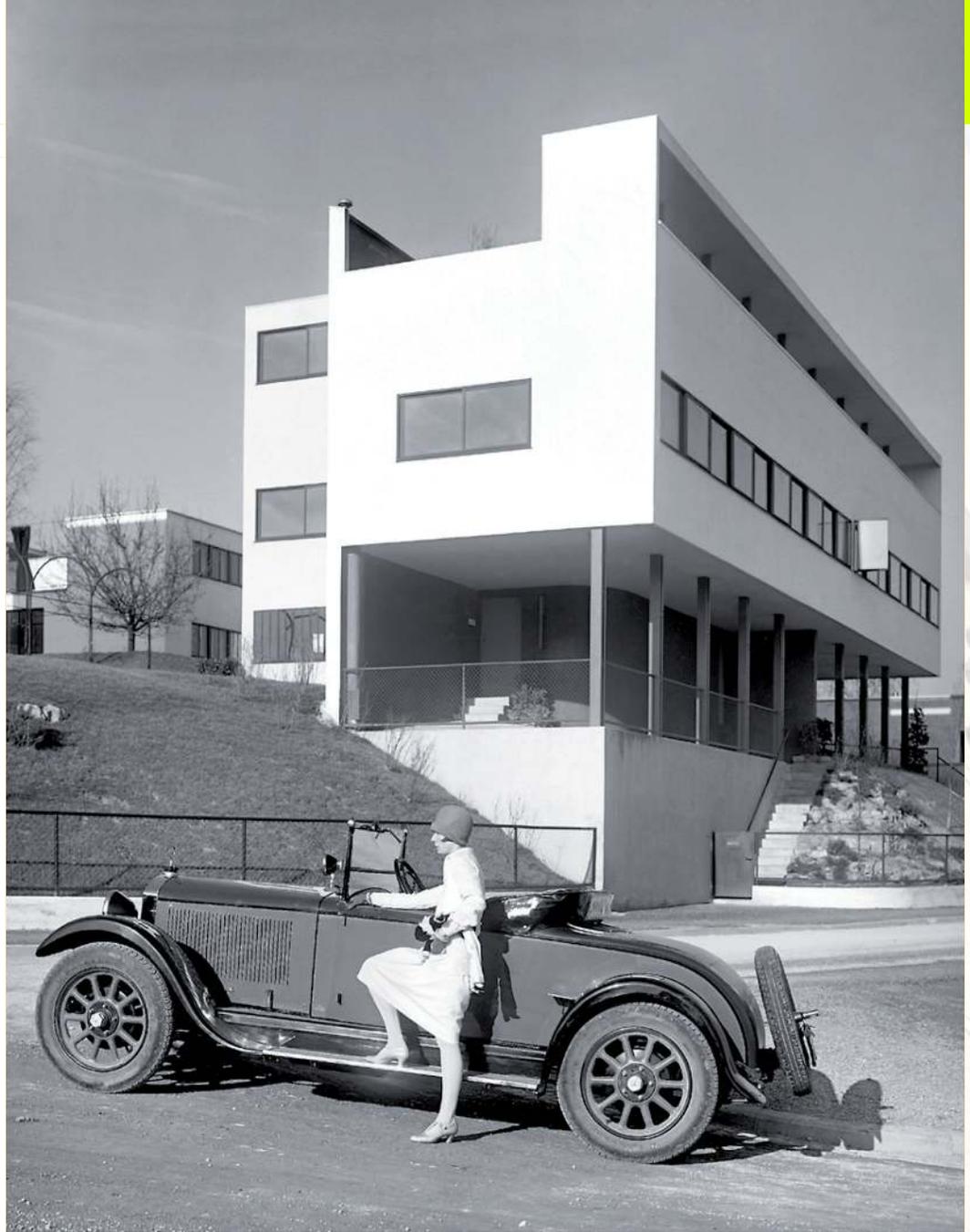
**FÜR WANDEL UND UMBAU - IDEEN GESUCHT!** | Möglichst schnell muss jetzt die Ebene der Konkretion erreicht werden. Für das weitere Vorgehen erwarten wir einen Zeitplan zur Umsetzung und die Benennung der Kosten. Und konkrete Projekte. Wir haben einen hohen Anspruch an den Inhalt und die Entwicklung der IBA-Projekte. Das geht nur mit intensiver Bürgerbeteiligung, denn für uns ist die IBA auch ein gesellschaftlicher Prozess und muss insgesamt einen Mehrwert für breite Schichten der Bevölkerung bringen. Als konkrete Projekte können wir Grünen uns beispielhaft vorstellen:

**1. DAS THEMA „NECKAR“** | Der Neckar verbindet verschiedene Kommunen der Region und bringt die Natur in die Stadt. Wir wollen die verbindenden linearen Elemente stärken, aber auch – ganz wichtig – den Brückenschlag für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen schaffen. Gigantisch wäre es, die vom Abriss bedrohte alte Eisenbahnbrücke zu erhalten und in eine autofreie Verbindung von Bad Cannstatt nach Stuttgart zu verwandeln.

**2. DAS THEMA „FILDERBRÜCKEN“** | Wir müssen es endlich schaffen, die Autobahnschneisen für Mensch, Flora und Fauna zu überwinden. Riesige Baustellen wühlen den Filderboden um, Stuttgart 21 schafft eine weitere, dauerhaft die Landschaft zerschneidende Schneise. Hier brauchen wir einen Brückenschlag mit mehreren Landschaftsbrücken.

Welche Projekte können Sie sich für die IBA vorstellen? Schreiben Sie uns doch! Wir freuen uns auf Ihre Ideen.

Gabriele Munk



Die Weissenhofsiedlung, ein Teil der 1927 vom Deutschen Werkbund initiierten Ausstellung „Die Wohnung“, gilt als eine der bedeutendsten Architektursiedlungen der Neuzeit. Damals fand man sie ultramodern und so emanzipiert wie die autofahrende Frau. Stellt man heute denselben Vergleich an – wie im Memorandum IBA 2027 Stadt-Region Stuttgart geschehen –, dann setzt das die vielen guten Ansätze des Memorandums leider in ein ganz falsches Licht. Voll daneben, finden wir! Foto oben: Mercedes Classic Archive, Daimler AG. Abbildung links: Seite 7 des Memorandums IBA 2027 Stadt-Region Stuttgart.

# Machen wir den Deckel drauf!

**Städtebauliche Chance der IBA nutzen – die Stadt an den Fluss bringen.**

■ An vielen Orten der Stadt, von Untertürkheim bis Bad Cannstatt, gibt es im Masterplan Neckar Projekte, um den Neckar wieder für die Stuttgarter\*innen erlebbar und erreichbar zu machen. An anderen Stellen wird eine Stadt am Fluss allerdings deutlich schlechter zu realisieren sein. So trennt der Hafen Wangen und Hedelfingen vom Neckar. Und die Stadtteile Gaisburg und Berg im Stuttgarter Osten grenzen zwar eigentlich direkt an den Neckar – aber eben nur eigentlich. Praktisch sind sie vom Fluss getrennt. Durch die B 10, durch das Gelände des Kraftwerks Gaisburg und durch das EnBW-Areal am Gaskessel. Weder mit dem Rad noch zu Fuß kommt man hier wirklich an den Neckar heran oder den Neckar entlang.

**DER NECKAR – SO NAH UND DOCH SO FERN** | Doch muss das so bleiben? Bereits im Rahmen der Planungen für den Rosensteintunnel gab es Überlegungen, die B 10 im Bereich des Leuze zu überdecken. Doch das Tunnel-Projekt wurde immer teurer und teurer, der Deckel fiel unter den Tisch und damit auch dessen positive Effekte für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen, genauso wie für das Stadtbild insgesamt. Während es für den Neckarpark viele gute

Pläne gibt, wird es Zeit, auch das gegenüberliegende Flusssufer mitzudenken. Ein Schlüsselement für die Stadt am Fluss ist die Überdeckung der Bundesstraße beim Mineralbad Leuze. Dadurch kann ein Zugang zum Neckar aus dem Stadtbezirk Stuttgart-Ost ermöglicht und der Rosensteinpark sowie der Park der Villa Berg mit dem Neckar verbunden werden.

Auch bieten die dadurch freiwerdenden Flächen städtebauliche Möglichkeiten, zum Beispiel für den dringend benötigten Wohnungsbau. Dieses Potenzial würde sich durch eine Erweiterung bis zur Querung Ufer- und Talstraße, zur Daimlerbrücke oder auch bis zu den Otto-Hirsch-Brücken noch deutlich steigern lassen.

**SCHWARZ WIRD GRÜN – WOHNEN AM FLUSS, LEBEN AM FLUSS!** | Zudem will die EnBW in Gaisburg ein neues Gasheizkraftwerk bauen, nur rund ein Drittel so groß wie das derzeitige. Dadurch wird das bisherige Kohlelager wieder frei und muss unbedingt mitgedacht werden. Denn diese Chance für den Stadtteil gilt es zu nutzen! Ein perfekter Ort für städtebauliche Visionen. Ideen gibt es bereits, etwa einen Industriepark als Ergänzung zu den historischen Parks der Stadt. Zusammen mit der Überwölbung der B 10 bieten sich so ungeahnte Möglichkeiten für ein bisher eher stiefmütterlich behandeltes Stadtquartier.

Gerade im Zuge der IBA ist für ein solch wichtiges städtebauliches Projekt der ideale Zeitpunkt gekommen, um hier eine Verbindung der neuen Quartiere Rosenstein im Norden, Neckarpark in Bad Cannstatt sowie dem Stuttgarter Osten zu schaffen, die Trennwirkung der B 10 zu überwinden, das Grüne U zu verlängern und mit dem Fluss zu verbinden. So kann die Idee der Stadt am Fluss in die IBA integriert und auch die Oberen Neckarvororte und der Osten einbezogen werden. Eine städtebauliche Chance für ganz Stuttgart und die Möglichkeit, den Neckar wieder näher zu den Menschen zu bringen.

Petra Rühle



Die Kohlehalden am Neckar – große Areale werden frei.  
Fotos: Redaktion





Foto: Laura Geßner, Praktikantin in der Geschäftsstelle

#### ■ UNSER KATZENBACHSEE, UNSER STEINBACHSEE!

Auch wenn sie sich nicht als Badeseen eignen: Wir freuen uns, dass Katzenbach- und Steinbachsee in absehbarer Zeit, wie von uns beantragt, in städtischen Besitz übergehen. Die wertvollen Biotope bieten etlichen in Stuttgart seltenen Vogelarten – interimistisch auch Fischadlern! – ihre Lebensräume und etlichen Städter\*innen Erholungsraum in der Nähe. Die Stadt hat ihr grundsätzliches Kaufinteresse bekundet. Jetzt müssen noch Vertragslage und Eigentumsverhältnisse für die beiden Seen geklärt werden, die irgendwie über die TWS zur EnBW kamen.

### IBA III

## Grüne Ideen für die Stadt am Fluss

**Besonders für die Neckarbezirke könnte die IBA eine große Chance sein, ein paar gute städtebauliche Ideen, die seit Langem in grünen Schubladen lagern, endlich anzupacken.**

■ Nach den letzten Haushaltsberatungen haben wir über den Masterplan Neckar berichtet. In den kommenden Jahren wird die Stadt zahlreiche Projekte am Fluss umsetzen und uns so Stück für Stück unserer Vision der Stadt am Fluss näher bringen. Auch wenn am Lindenschulviertel in Untertürkheim bald das erste Projekt umgesetzt wird, dauert es noch, bis die Wasenpromenade und das umgestaltete Neckarknie unseren Fluss an zentraler Stelle attraktiver machen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werden sich noch einige städtebauliche Chancen ergeben. Gemeinsam mit unserer Landtagsabgeordneten Brigitte Lösch und aktiven Grünen-Mitgliedern der Neckarbezirke haben wir uns daher am Ende des

letzten Jahres Gedanken darüber gemacht, wie wir den bereits guten Masterplan für den Neckar mit grünen Ideen ergänzen und weiterentwickeln können.

**GEMEINSAM WEITERE IDEEN GESUCHT UND GEFUNDEN** | Neben den größeren Projekten brauchen wir kleine Maßnahmen, die schnell umsetzbar sind und bereits heute Verbesserungen bringen. So könnte man zum Beispiel in den Oberen Neckarvororten Ausblickspunkte und Verweilflächen schaffen oder im Bereich des Sicherheitshafens Aussichtsplattformen am Fluss verwirklichen.

Auch die Umnutzung heute anders genutzter Flächen ist möglich. Ein Muss ist für uns die Umnutzung der freiwerdenden Eisenbahnbrücke zu einem Park über dem Fluss. Ebenso zwingend ist für uns die Nachnutzung der heutigen Kohlehalden des Kraftwerks Gaisburg. Selbst wenn beide Flächen noch nicht in städtischem Besitz sind, müssen wir die geplanten Veränderungen

dort bereits heute in die städtischen Planungen einbeziehen. Hierzu gehört, dass man einem möglichen Park über dem Fluss keine künftigen Abgänge verbaut und die Heranführung der heutigen Kohlehalde an den Neckar untersucht.

Wir finden, dass man den vor Jahren verworfenen Deckel über die B 10 heute noch einmal überdenken sollte, denn er birgt für den Stuttgarter Osten ein enormes Potenzial und könnte eine Verbindung zwischen Neckar, Park Villa Berg und dem Rosensteinpark ermöglichen. Im Zuge der geplanten IBA sollten wir auch die Verbindung unserer Bezirke in den Mittelpunkt stellen und die Überdeckung der B 10 und den Park auf der Eisenbahnbrücke als zentrale Projekte angehen.

*Björn Peterhoff*





Gemischtes Quartier mit Wohnen, Arbeiten, Einzelhandel, Gemeinbedarf: das Schoch-Areal, künftig „Quartier am W...“

## WOHNEN

# Deutlich mehr Wohnraum schaffen – wie schaffen

**Für genügend bezahlbare Wohnungen sorgen, so heißt heute die Herausforderung für eine attraktive Stadt.**

■ Das war noch eine andere Welt: 1962 hatte Stuttgart einmal 640.000 Einwohner\*innen. Mehr Wohnungen als heute waren es damals nicht. Man wohnte enger beisammen. Heute bleiben bei vielen Einliegerwohnungen die Rollläden zu. In Anzeigen für Zweizimmerwohnungen steht oft: nur an Einzelperson. Auch Gästezimmer werden gerne vorgehalten, selbst wenn so gut wie nie jemand übernachtet. Und nicht wenige können sich ihre großen Wohnungen und Häuser einfach leisten. So braucht man immer mehr Wohnungen. Mitte der 1990er meinte ich mal, mit den großen Entwicklungsflächen auf den ehemaligen Kasernenarealen (Burgholzhof: 1.000 neue Wohnungen, US-Hospital: 500, Reiterkaserne: 300, Grenadierkaserne: 250) würde das Wohnungsproblem längerfristig gelöst. Aber mehr Angebot schafft auch mehr Nachfrage. Es wurde immer attraktiver, in der Stadt zu wohnen. Daran haben wir Grünen kräftig mitgewirkt: Verkehrsberuhigung, gute öffentliche Verkehrsverbindungen, Spielstraßen, Hofbegrünungsprogramme, Stadt der kurzen Wege, attrak-

tive Kultureinrichtungen und Stadtbezirke, Schulsanierungsprogramm, mehr Bäume und Aufenthaltsqualität in der Stadt. Dafür sollten die Felder, die Grün- und Naherholungsflächen um die Stadt herum unangetastet bleiben.

**DAS NACHHALTIGE BAUFLÄCHEN-MANAGEMENT STUTTGART – EIN ERFOLGSPROGRAMM** | 2009 wurde dies mit einer neuen Mehrheit aus Grünen, SPD und SÖS/Linke entschieden. Ein Riesenerfolg! Und eine Erfolgsgeschichte: Das auf unseren Druck ab der Jahrtausendwende initiierte nachhaltige Bauflächenmanagement Stuttgart (NBS) ist immer noch beispielgebend. Immer mehr bereits versiegelte Flächen – aufgegebene Industrie- und Gewerbeareale, Parkplätze, Kliniken in bester innerörtlicher Lage mit hervorragendem Anschluss an die vorhandene Infrastruktur – wurden für den Wohnungsbau aktiviert.

Ja, die Gebäude rücken dort enger zusammen und Nachverdichtungen in locker bebauten Quartieren fordern Widerspruch heraus. Aber wir sind der Überzeugung, auch die Ausweisung von Freiflächen hätte Proteste zur Folge. Hinzu kommt, dass dieser Boden für immer als Grün- und Naherholungsfläche verloren wäre. Und bis ein

neues Baurecht geschaffen wäre, vergehen locker ein paar Jahre. Da ist man schon bald in den 2020er Jahren, wo mehrere tausend Wohneinheiten auf dem Rosensteingelände entstehen werden.

**VON POLITISCHER FARCE NICHT BEIRREN LASSEN!** | Deshalb richten wir unsere politische Kraft darauf, das laufend „nachwachsende“ Potenzial zum Wohnungsbau auf Konversionsflächen zu heben. Und wenn nun die SPD wieder zurückfällt in eine längst vergangen geglaubte Zeit und eine landwirtschaftliche Fläche – das Schafhaus in Mühlhausen – bebaut haben will, können wir nur den Kopf schütteln. Anscheinend kritisiert sie auch noch die Stadtverwaltung dafür, diese Fläche für Wohnungsbau gestrichen zu haben. Dabei ist dafür eindeutig der Gemeinderat zuständig, und es war ja gerade die SPD, die 2009 mit dabei war! Wir jedenfalls setzen auf die Vernunft im Rat und darauf, dass dem Sinneswandel Einhalt geboten wird. Für Mühlhausen haben wir mit Ideen zur Aktivierung von Bestandsflächen bereits Alternativen vorgelegt. Ermüdend ist auch die leierhaft vorgetragene Forderung der SPD nach mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau – sind doch im Landesprogramm auf Druck der Grünen



„Wiener Platz“. Rund 125 Wohnungen werden hier derzeit gebaut.  
Foto: Redaktion

## n wir das?

in Baden-Württemberg bereits 180 Millionen Euro der Rekordsumme von insgesamt 250 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau reserviert! Dass darin auch noch bisher nicht abgerufene Restmittel stecken, zeigt doch glasklar, dass die Bereitstellung von noch mehr Geldern gar keinen Einfluss darauf hat, dass auch wirklich mehr Sozialwohnungen auf Baustellen kommen. Dafür braucht es die vielen dezentralen Bauflächen in Stuttgart, denn nur so erhalten wir sozial gut gemischte Quartiere, in denen Menschen aller Einkommensschichten zusammenleben und sich begegnen. | **MIT UNSERER ANTRAGSREIHE „MEHR WOHNRAUM SCHAFFEN AUF BESTANDSFLÄCHEN“ SEHEN WIR UNS DESHALB AUF DEM RICHTIGEN WEG.**

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang der Blick in die Zeitschriften der Bausparkassen: Unisono liegen kleine, aber gut geschnittene Wohnungen mit hohem öffentlichen Grünanteil beim Wohnungsneubau in den Städten im Trend. Für die Entwicklungsflächen Bürgerhospital, Neckarpark und Schoch-Areal ist genau dies vorgesehen.

Silvia Fischer



### STÄDTEBAU

## „Urbane Gebiete“ in Stuttgart

### Chancen für die Innenentwicklung und den Wohnungsbau

■ Stadtplanung ist jahrzehntelang getreu der Charta von Athen vollzogen worden. Der Kongress für Neues Bauen im Jahr 1933 sah in der Trennung von Wohnen, Arbeiten und Erholung ein lebenswertes Umfeld für Bürgerinnen und Bürger. Dies war der zunehmenden Industrialisierung und damit verbundenen Umweltverschmutzung und -verlärmung geschuldet. Eine Folge war die autogerechte Stadt der 1960er Jahre – wie in Stuttgart. Die negativen Folgen der Funktionentrennung machten sich spätestens ab den 1980er Jahren bemerkbar. 2007 wurde mit der Charta von Leipzig der Weg zur „urbanen Nutzungsmischung“ geebnet. Sie steht für eine nachhaltige europäische Stadt, die Wohnen, Arbeiten und Erholung wieder stärker vermischen will. Das ist ganz im Sinne von uns Grünen. Wir stehen für eine integrierte Stadtentwicklung, die nachhaltig und bürger\*innenorientiert ist.

**JA ZUR NUTZUNGSMISCHUNG, NEIN ZU MEHR LÄRM!** | Das bisherige Bauplanungsrecht blockierte die Durchmischung und effektivere Flächennutzung, da Grenzwerte für Gebäudehöhen und Grundstücksausnutzung diesem Ziel entgegenstanden. Dank der beabsichtigten Bauplanungsrechtsänderung 2017 können Städte nun „urbane Gebiete (MU)“ festsetzen, die dieses Ziel ermöglichen. Ein notwendiger Schritt, um in Großstädten Wohnraum zu schaffen. Dabei wird aber eine Erhöhung der Lärmbelastung diskutiert, die auch von Sachverständigen in Berlin sehr kritisch gesehen wird. Das ist für uns inakzeptabel; Lärmwerte über 60 dBA stehen nicht für gesunde Wohnverhältnisse! Innenstadtverdichtung darf nicht zur Absenkung des Lärmschutz-

niveaus führen. Hier sind höhere Anforderungen an den technischen Lärmschutz zu stellen, wie die Grünen im Bundestag bei der Baugesetzbuchnovelle forderten. Ist der Lärmschutz gewährleistet, können wir uns für die anstehenden größeren Baugebiete (Neckarpark, Schoch-Areal, Bürgerhospital etc.) die Festsetzung eines urbanen Gebietes gut vorstellen. Die Flächen sind hervorragend angebunden und für eine höhere Ausnutzung zugunsten einer höheren Anzahl von Wohnungen geeignet.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen kleinen Exkurs zur aktuellen regionalen Verkehrsplanung geben, die im Widerspruch zur Charta von Leipzig steht: Der Entwurf des Regionalverkehrsplans sieht die Stuttgarter Verkehrsprobleme durch eine Nord-Ost-Umfahrung und eine Filderauffahrt gelöst. Das war ein Grund für die Ablehnung durch die grüne Regionalratsfraktion. Zurzeit liegt der Verkehrsplan des Verbands Region Stuttgart aus; die Gemeinden und die Öffentlichkeit, Bürgerinnen und Bürger, können bis 24. April 2017 Stellungnahmen abgeben (Link siehe unten). Bemerkenswert ist, dass das sog. Szenario F – „Organisatorische, preis- und ordnungspolitische Maßnahmen“ am besten dazu beitragen würde, Luftschadstoffe und Lärm zu reduzieren. Tempolimits von 60 km/h außerorts könnten Stickoxidwerte im Stadtgebiet um 15 Prozent senken. Dies wird mit Fildertunnel und Nord-Ost-Umfahrung nicht erreicht!

Beate Schiener

Der Link zur Beteiligung:

[www.region-stuttgart.org/aufgaben-und-projekte/verkehrsplanung/regionalverkehrsplan/oeffentlichkeitsbeteiligung/](http://www.region-stuttgart.org/aufgaben-und-projekte/verkehrsplanung/regionalverkehrsplan/oeffentlichkeitsbeteiligung/)

Die Unterlagen zur Sitzung des Verkehrsausschusses vom 21.12.2016 (TOP 1):

[www.region-stuttgart.org/sitzungsunterlagen](http://www.region-stuttgart.org/sitzungsunterlagen)



# Umfassende gesellschaftliche Integration!

**Integration weiter denken, das gesamte Spektrum der Gesellschaft einbeziehen, alte Muster endlich aufbrechen – was konkret braucht es, um die Integrationskraft unserer Stadtgesellschaft zu stärken?, fragt Sozialbürgermeister Werner Wölfle. Er beschreibt, was er sich unter einer gelingenden Integration vorstellt und warum es in diesem Aufgabenfeld keine einfachen Lösungen gibt.**

■ Vor wenigen Wochen haben alle Amts- und Eigenbetriebsleitungen meines Referats mit mir zusammen in einer Klausur durchdekliniert, was die Aufgabe, die Integrationskraft unserer Gesellschaft zu stärken, konkret für unsere gemeinsame Arbeit bedeutet. Mit Integrationskraft meinen wir die soziale, die gesellschaftliche Integration als ganz breites Spektrum. Dazu gehört das Unterbrechen von Kreisläufen – zum Beispiel bei der Vererbung von Armut. Dazu gehört die Verringerung der Arbeitslosigkeit bei den Unter-25-Jährigen. Dazu gehört aber auch die Integration und Inklusion von psychisch Kranken und von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft.

**„STUTTGARTER WEG“ HEISST AUCH: SOZIALDIENSTE UND SOZIALE TEILHABE FÜR ALLE, OHNE UNTERSCHIED.**

Mit dem neuen Referatszuschnitt bieten sich auch neue Optionen: Sozialamt, Jobcenter, aber auch Gesundheitsamt und der Eigenbetrieb Leben und Wohnen (ELW), können zusammen mit der Abteilung Integrationspolitik den Integrationsbegriff viel weiter definieren. In diesem Kontext bin ich froh, dass wir auch auf politischer Ebene der Versuchung von „Spezialdiensten“ in unserer Sozialverwaltung widerstanden haben. Das war einer unserer intelligentesten Beschlüsse. Wenn also vom „Stuttgarter Weg“ die Rede ist, dann geht es nicht nur um die räumlich dezentrale Organisation von Flüchtlingsunterkünften. Es geht auch darum, dass wir von Anfang an gesagt haben: Unsere sozialen Dienste, egal ob städtisch oder die der freien Träger, sind für alle da, die in Stuttgart wohnen – egal, wie lange er oder sie schon hier ist. Diese Teilhabe zu fördern, ist ein wichtiges Element für gelingende Integration beziehungsweise Inklusion.

Am besten gelingt dies im kleinräumlichen Bezug. Wir hatten im Januar eine Veranstaltung im Rathaus über das „Glück im Quartier“. Mich beschäftigt, dass wir in unserer Stadt mit das höchste Bruttosozialprodukt bundesweit haben, und trotzdem spiegelt sich das nicht in einer entsprechenden Zufriedenheit, im Glück der Bewohnerinnen und Bewohner wider. Das hat auch mit dem häufigen Wechsel in den Nachbar-

schaften zu tun – „man kennt sich gar nicht mehr so“. Um hier nacharbeiten zu können, braucht es Räume – im übertragenen, aber auch im eigentlichen Sinn. Als gelernter Gemeinwesensarbeiter bin ich seit der Gründung des Haus 49 überzeugt: Man braucht in jedem Quartier einen Kristallisationspunkt, wo es die Möglichkeit gibt, sich auszutauschen, wo man Familienfeste feiern kann, wo man erleben kann, dass es Nachbarn gibt. Oft klingt das banal, aber es schafft einen unglaublichen Zusammenhalt.

**AUCH ALTEINGESESSENE BESSER INTEGRIEREN, MEHR AUSTAUSCH FÜR MEHR „GLÜCK IM QUARTIER“!**

Die Menschen, die Geld haben, wissen sich zu organisieren, die brauchen uns auch nicht. Zur Not sorgen sie sogar für ihre eigene Sicherheit. Deswegen muss die öffentliche Hand diejenigen fördern, die es schwerer haben, diese Teilhabe zu erreichen. Aber wenn es uns gelingt, dass alle – also auch die, welche die öffentliche Hand eigentlich nicht bräuchten – Interesse haben, mit zu gestalten, dann haben wir gewonnen. Und so stelle ich mir gute Quartiere vor. An diesem Punkt wollen wir im Referat exemplarisch ansetzen.

Zu einer umfassenden Integration gehört also nicht nur die Integration der Migrantinnen und Migranten, sondern auch der hiesigen Bevölkerung. Mit den Geflüchteten kommt noch eine neue Bevölkerungsgruppe hinzu. Die besondere Herausforderung liegt in der Frage, wie man Menschen, deren rechtlicher Status noch unsicher ist, integrieren kann. Wenn man ehrlich ist, kann man das eigentlich gar nicht. Viele dieser Leute werden enttäuscht werden, auch die Helferinnen und Helfer. Das Problem ist, dass wir rechtlich nicht differenzieren können zwischen Menschen, die sich anstrengen, und solchen, die es nicht tun. Ich höre das auch von vielen Ehrenamtlichen: „Herr Wölfle, da stimmt was nicht.“ Jemanden, der es schon geschafft hat, sich hier mit Sprache, mit Engagement einzubringen, den schicken wir genauso weg wie einen anderen. Oder wir behalten jemanden hier, der sich aber gar nicht bemüht. „Nur“ weil er aus einem entsprechenden Land

# Gestaltung wird Thema

Der Gestaltungsbeirat Stuttgart hat seine anspruchsvolle Arbeit aufgenommen.

■ 24. Januar, Literaturhaus, großer Saal. Gleich die ersten vier Projekte, mit denen sich der neue Beirat zu befassen hat, zeigen die Vielfalt an Bauten und Themenstellungen in der Stadt: Die Spannweite reicht vom Umbau eines Hochbunkers über ein Altstadt-Haus und eine Schulerweiterung bis zum städtebaulichen Projekt. Die gut besuchte Sitzung zeigt engagierte Beiräte. Qualität und Gestaltung waren die zentralen Themen, und es gab Raum und Zeit, diese auch zu diskutieren. Der erste Anstoß, öffentlich über Gestaltung zu reden.

Einfach ist die Aufgabe nicht, das zeigte schon diese erste Sitzung, vor allem nicht für Bauherren und Architekten. Sie mussten sich in aller Öffentlichkeit der Beratung des Beirats stellen. Gerade bei der Premiere war das nicht leicht, da niemand wusste, was genau auf ihn zukam. Respekt und Anerkennung daher für die Bereitschaft, dem neuen Beirat gegenüberzutreten.

**KONSTRUKTIV UND ÖFFENTLICH** | Insgesamt zeigte sich aber doch deutlich, dass es nicht darum geht, reine Kritik zu äußern, sondern dass auch konstruktiv aufgezeigt wird, wo es noch gestalterischer Überarbeitung bedarf oder worüber nochmal nachgedacht werden sollte. Der Gestaltungsbeirat ist kein Gremium, das ein Urteil fällt, sondern eines, das Hilfestellung anbietet, Fragen aufwirft und Anregungen gibt. Gleichzeitig öffnet der Beirat die Bühne für eine öffentliche Diskussion und stößt diese auch an.

Wir freuen uns auf seine weitere Arbeit und darauf, dass die Diskussion über Qualität und Gestaltung weiter auf fruchtbaren Boden fällt. Sie soll nicht nur im Beirat oder in Wettbewerben stattfinden, sondern ganz normaler Bestandteil der Diskussion bei Bauprojekten werden.

Peter Pätzold, Bürgermeister für Städtebau und Umwelt



Der neue Beirat (v. l.): Axel Lohrer, München, Landschaftsarchitekt, Stadtplaner; Andreas Cukrowicz, Bregenz, Architekt; Prof. Johannes Kister, Leipzig/Köln, Architekt; Herwig Spiegl, Wien, Architekt; Prof. Vanessa Miriam Carlow, Berlin, Architektin, Stadtplanerin; Barbara Hutter, Berlin, Landschaftsarchitektin; Patrick Gmür (Vorsitzender), Zürich, Architekt, Stadtplaner. Nicht abgebildet: Prof. Dörte Gatermann (stellvertr. Vorsitzende), Köln, Architektin. Foto: Lichtgut/Achim Zweggarth

kommt. Das fällt schwer. Aber diese Entscheidungen treffen wir nicht kommunal. Was wir tun können, und ich hoffe, dass wir das auch weiterhin können: Alle, die ein Interesse daran haben, erhalten ohne Ansehen des Status einen Sprachkurs. Unsere Ehrenamtlichen unterscheiden da auch nicht: „Um den brauche ich mich nicht zu kümmern.“ Wir haben ein starkes Engagement, das im Vorfeld keiner für möglich gehalten hätte. Das ist ein unglaublich positives Signal der Mitmenschlichkeit, das den Zusammenhalt in unserer Stadt pflegt und fördert.

Aber es gibt ja nicht nur Helfer, sondern auch Leute, die sagen: „Jeder, der kommt, ist einer zu viel.“ Auch diesen Diskurs muss man miteinander führen. Es gibt Teile der Bevölkerung, die sich auf dem Wohnungsmarkt, aber auch generell, zum Beispiel bei den Minijobs, ausgespielt fühlen gegen Flüchtlinge. Von der Politik erwarte ich die Ehrlichkeit, das nicht wegzureden. Die neu Zugewanderten haben immer den schlechtesten Status. Sie sind insofern eine Konkurrenz für diejenigen, die schon immer hier waren, aber auch für die, die sich gerade so etabliert haben. Aber diese Bewegungen hatten wir schon oft. Solange unsere wirtschaftliche Situation so blendend ist wie zurzeit, bekommen wir das auch jetzt hin, ohne dass jemand Existenzängste im Großen und Ganzen haben müsste.

In der Politik gibt es leider oft keine einfachen Antworten. Wenn man der Versuchung erliegt, die Welt zu vereinfachen,

weil man glaubt, das wird erwartet, scheidet man. Es gibt nicht richtig und falsch, es gibt immer ein Aushandeln. Und oft kann man erst viele Jahre später wissen, welchen Einfluss eine Entscheidung hatte. Ein Beispiel: Die Hartz-IV-Reform war im Kern positiv. Aber sie hat im Nachhinein ganz erhebliche soziale Verwerfungen produziert, auf die man zu spät reagiert hat. Und so ist es im Prinzip mit allem, was wir treiben: Es ist kompliziert, und wir müssen dabei glaubwürdig bleiben.

**POLITISCHE TEILHABE UND DEMOKRATIE STÄRKEN!** | Mein Plädoyer ist, dass alle, die von den Freiheiten in unserem Land, auch den Verdienstmöglichkeiten, profitieren, das dadurch ausdrücken, dass sie auch zur Wahl gehen. Dieses „ist ja eh alles gleich“ halte ich für eine Gefährdung unserer Demokratie. Je mehr sich beteiligen, desto weniger Ausschläge gibt's in der Regel hin zu denjenigen, die die Demokratie von innen her auszuhöhlen versuchen. Die Freiheit, die wir hier haben, muss mit den Mitteln der gesellschaftlichen Integration gemeinsam verteidigt werden. Nicht nur für die eigenen Interessen, sondern für das, was wir hier erreicht haben an gegenseitigem Respekt, an gegenseitiger Achtung.

Werner Wölfle, Bürgermeister für Soziales und Integration





Die mobilen „Parklets“ machen Station, wo sonst nur Autos parken. Sowas nennt man Zusatznutzen! Foto: Florian Pitschel

## ÖFFENTLICHE RÄUME

# Von der auto- zur menschengerechten Stadt

■ Aktuell bestimmt die miese Luftqualität als negative Begleiterscheinung des hohen Verkehrsaufkommens der Region Stuttgart die Verkehrsdebatte. Das Thema „lebenswerte Stadt“ gerät dabei fast in den Hintergrund – zu Unrecht, trotz der großen Aufgaben und Probleme. Für uns Grüne ist der Umgang mit dem öffentlichen Raum und der Wandel von der auto- zur menschengerechten Stadt ein zentrales Thema.

### NEUE KONZEPTE AUSPROBIEREN! |

Dass Konzepte wie „Shared Space“ Straßen beleben und attraktiver machen, zeigt die Tübinger Straße: Die einstige Schmutzecke hat sich zu einer der beliebtesten Flanierstraßen entwickelt – auch weil sie früher komplett mit Parkplätzen überzogen war, weshalb die Fußwege eng und das Verweilen unattraktiv war. Aus unserer Sicht sollte es daher auch die Möglichkeit geben, Parkplatzflächen an Stellen, wo es vor Ort Bedarf gibt, anders zu nutzen. Wir haben deshalb bei der Verwaltung angefragt, ob Bars oder Cafés Parkplätze gegen Gebühr für ihre Außengastronomie nutzen können. Das hätte gleich mehrere Vorteile: Der öffentliche Raum wird belebt und attraktiver, der Gehweg wird frei von Tischen und Stühlen, Fußgänger\*innen bekommen mehr Platz – und die Stadt verdient auch noch Geld damit. Andere Städte wie Köln zeigen bereits, wie gut solche Modelle funktionieren.

Wir sollten uns aber auch immer wieder klar machen, dass Parkflächen auf Straßen Teil des öffentlichen Raums sind. Das „Parklet“-Projekt, das 2016 im Rahmen der Real-Labors durchgeführt wurde, hat gezeigt, dass man durch die Umnutzung von Parkplatzflächen belebte Begegnungsflächen schaffen kann. Bis zum Herbst wird das Pilotprojekt ausgewertet; wir sind gespannt auf die Ergebnisse. Aus unserer Sicht sollte es für die Bezirke die Möglichkeit geben, dass man Parkflächen in Maßen für den öffentlichen Raum oder für Außengastronomie nutzen kann. Nur auf diese Weise können wir in der Fläche attraktivere Straßenräume schaffen und so auch eine lebenswertere Stadt ermöglichen.

Björn Peterhoff

## GESUNDE LUFT |

# Gute Luft macht *nicht* krank? Kausaler Zusammenhang!

■ Eigentlich sollte es doch müßig sein, die Zusammenhänge zwischen schmutziger Luft und Lungenkrankheiten darstellen zu müssen. Der Auslöser, das Thema nun doch an dieser Stelle aufzugreifen, war dann ausgerechnet der Leserbrief eines Arztes. Ja, natürlich ist Rauchen sehr schädlich. Doch die Entscheidung, ob jemand Rauch inhaliert oder nicht, treffen in der Regel die Rauchenden selbst. Diese Entscheidungsmöglichkeit ist Menschen, die an vielbefahrenen Hauptstraßen wohnen, nicht gegeben. Das macht einen gewaltigen Unterschied. Und natürlich ist die Luft in geschlossenen Räumen noch schlechter. Nur: Je schlechter die Luft im Freien ist, desto schlechter ist die Luft im Inneren. Indem wir Tatsachen verschweigen und dadurch keine Verbesserungen stattfinden, verbessert sich auch nichts an der Luftqualität. Mündige Bürger\*innen sind auch mündige Patient\*innen.

**MEHR ATEMWEGSBESCHWERDEN AN HAUPTSTRASSEN** | 2007 titelte ein Info-Blatt der schweizerischen Lungenliga: „Mehr Atemwegsbeschwerden an Hauptstraßen“, und verwies auf die ersten Ergebnisse der SAPALDIA-Studie (swiss study on air pollution and lung disease in adults, eine Langzeitstudie über den Einfluss von Luftverschmutzung auf die Gesundheit). Diese belegen einen schädigenden Effekt

des Straßenverkehrs auf die Atemwege. Je näher die Studienteilnehmer\*innen an stark befahrenen Straßen wohnten, desto mehr Beschwerden waren festzustellen. Andere Untersuchungen kamen zu ähnlichen Resultaten: Kinder mit Asthma litten häufiger an Asthmaanfällen, wenn sie nahe an einer Autobahn wohnten. Bei Kindern hat eine hohe Feinstaubbelastung nicht nur negative Wirkungen auf ein vorhandenes Asthma. Vielmehr leidet auch die Entwicklung der Lungen von Heranwachsenden, wenn sie einer starken Luftverschmutzung ausgesetzt sind. Aus meiner Kindheit – ich bin in Bad Cannstatt aufgewachsen – weiß ich noch von auffallend vielen Pseudo-Krupp-Fällen an der damals noch extrem stark befahrenen Nürnberger Straße. Nach Lektüre diverser Fachliteratur habe ich den besagten Leserbrief jetzt ökologisch korrekt im Altpapier entsorgt – umso überzeugter, dass wir noch viel mehr Maßnahmen zur Luftreinhaltung ergreifen müssen, als wir es bisher getan haben.

Gabriele Munk

Wer mehr über schlechte Luft und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit wissen will, dem kann ich diese beiden Links empfehlen:

[www.lungenliga.ch/fileadmin/user\\_upload/LLS\\_02\\_HauptNavigation/01\\_LungeSchuetzen/Luft\\_und\\_Gesundheit/Factsheet\\_Sapaldia\\_feinstaub\\_2007\\_d\\_06-1.pdf](http://www.lungenliga.ch/fileadmin/user_upload/LLS_02_HauptNavigation/01_LungeSchuetzen/Luft_und_Gesundheit/Factsheet_Sapaldia_feinstaub_2007_d_06-1.pdf)  
[www.sueddeutsche.de/gesundheit/auswirkung-von-feinstaub-auf-die-gesundheit-gefahrliche-eindringlinge-1.1470250](http://www.sueddeutsche.de/gesundheit/auswirkung-von-feinstaub-auf-die-gesundheit-gefahrliche-eindringlinge-1.1470250)

# Fazit nach zwei Jahren Feinstaubalarm – wie geht's jetzt weiter?

**■ WAS BISHER GESCHAH:** | Die Luftreinhaltung stand für uns schon immer oben auf der Agenda. Mit Tempo 40 auf Steigungsstrecken, Tempo 50 am Neckartor und mit der Umweltzone in Stuttgart ist einiges, auch gegen große Widerstände, erreicht worden. Doch fürs Einhalten der Feinstaub- und vor allem Stickoxidgrenzwerte reichte das nicht. Folgerichtig kam 2014 der Blaue Brief aus Brüssel, der das Land für die schlechten Luftwerte rügte und weitere Maßnahmen forderte.

Mit dem Feinstaubalarm setzte OB Fritz Kuhn die Luftreinhaltung auf der Agenda an vorderste Stelle und gelangte damit bundesweit in die Medien. Seither wurde intensiv berichtet, sensibilisiert und aufgeklärt. Das Gesundheitsrisiko und die Notwendigkeit, zu handeln, stellt inzwischen kaum noch jemand in Frage. Der Appell, beim eigenen Handeln anzusetzen, verpuffte jedoch bei den meisten Pendlern: Nur drei bis acht Prozent stiegen 2016 um.

Für den Umweltverbund war der Feinstaubalarm dennoch ein Erfolg. Weitere Fahrplanverbesserungen wurden 2016 eingeführt und die neue Linie U19 wurde in Betrieb genommen. Mit dem Feinstaubticket konnten Ende 2016, November bis Dezember, fünf Prozent mehr Einzeltickets verkauft werden. Außerdem stieg die Abonnentenquote auf 64 Prozent an (2010 lag sie noch bei 16 Prozent). Diese enorme Steigerung ist auf den Erfolg des Jobtickets zurückzuführen, das durch den Druck des Feinstaubalarms nun bei weiteren großen Unternehmen eingeführt worden ist.

## WIE IST DIE SITUATION HEUTE? |

An vier Kilometern des Stuttgarter Straßennetzes wird heute der Feinstaubgrenzwert überschritten. Konkret wurde an der Messstelle Neckartor der Tagesgrenzwert 2016 63 Mal überschritten. Dies ist dort zwar der geringste Überschreitungswert bisher, dennoch liegt er deutlich über dem Grenzwert von 35 Tagen. Auch 2017 wird der Grenzwert nach heutigem Stand wohl wieder deutlich überschritten.

An 70 Kilometern im Straßennetz Stuttgarts werden aber auch die Stickoxidgrenzwerte überschritten. Sie geraten häufig in Vergessenheit, sind aber das größere Problem, das deutlich mehr Bürger\*innen in der Stadt direkt betrifft. Am Neckartor ist der Jahresmittelwert für Stickoxid seit Jahren über doppelt so hoch wie erlaubt. Im Gegensatz zum Feinstaub, bei dem über die Ursachenanteile von Feuerungsanlagen und Verkehr diskutiert wird, ist die Ursache von Stickoxid klarer: 60 bis 75 Prozent der Emissionen kommen vom Abgas der Fahrzeuge – vor allem von älteren Dieselmotoren.

**WAS IST ZU TUN?** | Das Wirkungsgutachten des Landes zeigt klar, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Grenzwerte zu senken. Die Blaue Plakette, also die Verkehrsbeschränkung für Dieselfahrzeuge unterhalb der Euro-6-Norm, bringt eine massive Senkung der Stickoxidwerte. Selbst wenn diese Plakette nur an Feinstaubalarmtagen gelten würde, könnte die durchschnittliche Stickoxidbelastung im Jahr deutlich sinken. Aus unserer Sicht ist es daher sinnvoll, die Blaue Plakette einzuführen. Verweigert der Bund die nötige rechtliche Grundlage weiterhin, braucht es eine vergleichbare städtische Regelung.

## ■ Und was haben die Grünen im Stuttgarter Gemeinderat angestoßen? Beispiele ab 2015:

- Antrag „Luftreinhaltung in Stuttgart“ mit 16 Einzelpunkten
- Anträge zum ÖPNV, „Neubürger- und Babyticket“ sowie „Fußverkehrsförderung“ bei den letzten Haushaltsberatungen
- Antrag „Tempo 60 auf Bundesstraßen jetzt!“
- Innenstadtexpressbus
- „Flanier- und Begegnungszone City“
- Zuflussdosierung, „Pfortnerampel“
- Umweltprämie für Elektroroller, u.v.a.m. ...

Die Blaue Plakette allein ist kein Allheilmittel, neben ihr müssen weitere Maßnahmen angepackt werden. Dazu gehören:

- Temporeduktion auf Bundes- und Landesstraßen außerorts. Laut Wirkungsgutachten die effektivste Einzelmaßnahme, die schnell umsetzbar und verhältnismäßig ist.
- Nahverkehrsabgabe. Der ÖPNV muss weiter ausgebaut werden. Busse sollten elektrifiziert und mehr Kapazitäten und attraktivere Angebote für den Umstieg geschaffen werden. Dafür braucht es die rechtliche Grundlage zur Nahverkehrsabgabe auf Landesebene.
- Innenstadtexpressbus. Für mehr Kapazitäten im ÖPNV ein Schnellbus durch die Innenstadt.
- Zuflussdosierung. Um Nadelöhre des Nahverkehrs zu entschärfen, sollten auch Zuflussdosierungen erwogen werden, um Bus und Bahn aus dem Stau zu holen.
- Parkraumbewirtschaftung. Das Parkraummanagement muss weiter ausgebaut werden. Städtische und Landesparkplätze sind komplett zu bewirtschaften.
- Der Etat für die Förderung des Fahrrad- und des Fußverkehrs ist zu erhöhen.

*Björn Peterhoff*

# Radverkehr? Im Prinzip ja, aber ...

**Das Ja zum Fahrrad schallt im Stuttgarter Gemeinderat aus wirklich jeder Ecke – und entpuppt sich allzu oft als bloßes Lippenbekenntnis. Denn sobald es darum geht, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Radinfrastruktur zu beschließen, ist Schluss.**

■ Eigentlich hatte sich der Gemeinderat vor vielen Jahren einstimmig für den Ausbau des Radroutennetzes ausgesprochen und dabei auch die Hauptradrouten festgelegt, die die Stadtteile verbinden. Schließlich hilft ein gut geführter Radverkehr, die Straßen von Autoverkehr zu entlasten. Radwege und -spuren machen Lust aufs Radfahren und schaffen das Vertrauen, dass man damit in Stuttgart auch ans Ziel kommt. Leider zerfällt die Einmütigkeit, wenn es an die konkrete Umsetzung geht. Dann ist uns Grünen die Mehrheit im zuständigen Ausschuss für Umwelt und Technik (UTA) nicht mehr sicher.

## „RADSTREIFEN? NEIN DANKE!“

Der Versuch der Freien Wähler, die Pläne für Radstreifen durch Wangen und Hedelfingen zu kippen, konnte knapp abgewehrt werden. Doch sofort startete die CDU dort eine Kampagne gegen die Pläne und konnte mit einem Prüfauftrag noch einmal eine Verzögerung erreichen.

Die Radstreifen sollen entlang der Hedelfinger Straße verlaufen. Dafür müssen im Gewerbegebiet an den Otto-Konz-Brücken öffentliche Parkplätze wegfallen. Davon gibt es jedoch mehr, als gebraucht werden, und sie werden überdies von einem Autoverleih genutzt. Außerdem fällt eine kurze Abbiegespur weg. Das wird jedoch keineswegs lange Staus zur Folge haben.

Dennoch startete die CDU eine Kampagne gegen die Radspuren. Die Gegner des Ausbaus bringen immer wieder die Näherstraße ins Spiel. Das ist eine Nebenstraße, der teils die Beleuchtung fehlt. Die könnte man einrichten. Was man jedoch nicht ändern kann, sind die beiden bissigen Steigungen, teils über 13 Prozent, die selbst Pedelec-Radler vor Herausforderungen stellen. Die Näherstraße würde ich nachts niemandem empfehlen, aber es mag sie ja radeln, wer das möchte. Für alle anderen, die sich nicht so in dem Stadtteil auskennen und die die direkte Radroute zwischen Stuttgart-Ost oder dem Neckar und Hedelfingen suchen, ist die Radroute 2 entlang den Hauptstraßen enorm wichtig. Autofahrende haben ja auch mehrere Strecken zur Verfügung, unter denen sie auswählen können. Und statt Radfahrende in gewundene und steile Nebenstraßen abzudrängen, sollten wir sie sichtbar machen.

Vielleicht verführen ja die Radstreifen in Wangen den einen oder die andere Person hinterm Lenkrad zu dem Gedanken: „Ach, da könnte ich doch mal mit dem Fahrrad fahren.“

*Christine Lehmann*

*Christine betreibt den Blog „Radfahren in Stuttgart“*



Radler\*innen auf steile, gewundene Nebenstraßen abdrängen, weit ab vom Schuss, nur damit sie den Autoverkehr nicht stören? Nicht mit uns. Beispiel Näherstraße: bei Sonnenschein gemütlich, bei Nacht schaurig. Fotos: Christine Lehmann





Keine guten Aussichten für Fußgänger\*innen und Radler\*innen: Autos und Werbeanhänger versperren den Weg. Foto: Beate Schiener

## VERKEHR II

# Weg frei zur Panoramastrecke!

Die Neue Weinsteige (B 27) ist eine der bekanntesten Ein- und Ausfahrtstraßen Stuttgarts. Vom Auto aus erhascht man einen Blick auf die Stadt, doch diese wunderschöne Aussicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu erleben, ist nach eigener Erfahrung nahezu unmöglich bis lebensgefährlich. Der schmale Parkstreifen auf der Talseite veranlasst Autofahrer\*innen in der Regel, auf dem noch schmaleren Gehweg zu parken – nicht selten nahe am Geländer, so dass es für Fußgänger\*innen unmöglich wird, weiter auf dem Gehweg zu laufen. Zusätzlich stehen vermehrt Werbeanhänger auf diesem schmalen Streifen.

**DURCHGEHENDER FUSS- UND RADWEG JETZT!** | Schon seit mehreren Jahren strebt die grüne Ratsfraktion einen Fuß- und Radweg auf der Neuen Weinsteige an, um das Kleinod zum Leben zu erwecken. Seit 2010 gibt es hierzu sogar Planungen von Verwaltungsseite.

Die nun dringend notwendigen Sanierungsarbeiten an den Stützmauern im Bereich zwischen Ernst-Sieglin-Platz und Altenbergstaffel kommen uns zu Hilfe, einen durchgehenden Fuß- und Radweg als Panoramastrecke herzustellen. Die Bestandsaufnahme hat ergeben, dass dort die meisten Parkplätze nicht nötig sind und stark reduziert werden können. Zudem wird gerade geprüft, ob eine Aussichtsplattform gebaut werden kann.

Aussagen anderer Fraktionen, „da läuft doch sowieso niemand, wer lässt sich denn bei der Abgassituation darauf ein“, erteilen wir eine Absage. Zugegeben, im jetzigen Zustand macht das Laufen dort wenig Freude. Aber die Chance zur Veränderung besteht, wir wollen dafür Haushaltsmittel einsetzen. Wenn in wenigen Jahren abgasarme Fahrzeuge und Elektroautos auf der Weinsteige fahren, freuen wir uns, sie rechtzeitig aus dem Dornröschenschlaf geweckt zu haben.

Beate Schiener

Die Degerlocher Grünen planen in den Sommerferien einen Spaziergang auf der Weinsteige vom Haigst bis zum Ernst-Sieglin-Platz. Wir freuen uns auf eine rege Teilnahme, um gemeinsam Details vor Ort diskutieren zu können. Wer Interesse hat, kann sich vorab bei der grünen Stadtratsfraktion melden; bitte per E-Mail an [gruene.fraktion@stuttgart.de](mailto:gruene.fraktion@stuttgart.de).

## STUTT GART 21

# Anhydritrisiko – wo bleibt der Plan B bei Stuttgart 21?

**Endlich weiterdenken. Eine Rückfallebene einplanen, das ist das mindeste.**

In der letzten Sitzung des Stuttgart-21-Lenkungskreises am 1.2.2017 konnten die seit Langem bekannten Probleme mit dem quellfähigen Gestein Anhydrit von der Deutschen Bahn AG nicht ausgeräumt werden. Bekanntlich führen die Stuttgart-21-Tunnels nach Bad Cannstatt, Feuerbach, Untertürkheim und auf die Fildern durch Anhydritschichten, in denen es nach Kontakt mit Wasser zu unkontrollierten Hebungen kommen kann.

**JETZT HAT'S SOGAR EIN GUTACHTEN DER BAHN BESTÄTIGT: DER ENGPASS IST PROGRAMMIERT, VERKEHRSKOLLAPSS INKLUSIVE!** | Auslöser der Sondersitzung war ein vom Aufsichtsrat der Bahn AG in Auftrag gegebenes Gutachten, das zu dem Schluss gekommen ist, dass die Tunnelröhren zum Dauersanierungsfall – wie Engelberg- und Wagenburgtunnel – werden könnten. Die aufgeführten Probleme beziehen sich also nicht nur auf den Bau der Tunnels, sondern auf den künftigen Bahnbetrieb. Sollte nach der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 auch nur ein Tunnel aufgrund aufwendiger Sanierungen ausfallen, würde der Schienenverkehr in der Region Stuttgart über längere Zeit komplett kollabieren. Eine Katastrophe für den Wirtschaftsstandort

Stuttgart, die auch nicht mit Verweis auf den ebenfalls im Anhydrit gebauten und bisher von Quellungen verschonten S-Bahn-Tunnel Schwabstraße-Universität kleineredet werden kann. Darauf zu hoffen, dass die Bahn die nicht mehr wegzuleugnenden und unkalkulierbaren Risiken beherrscht, ist grob fahrlässig.

**ZUKUNFTSFÄHIGE SYSTEME HABEN IMMER EINEN PLAN B.** | Bei zukunftsfähigen Systemen ist das Primat der Fehlerfreundlichkeit eine Grundvoraussetzung. Beim Auftreten von Problemen ist es unabdingbar, dass es Alternativen bzw. einen Plan B gibt. Eine Lösung bei Stuttgart 21 in diesem Sinne könnte sein, dass oberirdische Gleistrassen, insbesondere zwischen Feuerbach und Hauptbahnhof, erhalten werden. Diese wären dann als dringend notwendige Rückfallebene bei erfahrungsgemäß langwierigen Tunnelsperrungen und Tunnelwartungsarbeiten einsetzbar. Verantwortungslos wäre deshalb, bei den Planungen zum Rosensteinquartier diese Notwendigkeit zu ignorieren. Die Umwelt- und Verkehrsverbände haben dies bei der Bürgerbeteiligung zum Rosensteinquartier auch eingefordert.

Clarissa Seitz



# Erzieher\*innen gesucht – was tun?

**Bessere Bezahlung, eine Stuttgart-Zulage und mehr Wertschätzung, auch in Form von fachlicher Weiterentwicklung und Begleitung – das soll mehr Erzieher\*innen nach Stuttgart holen. Vor allem setzen wir auf PIA: die Praxisintegrierte Ausbildung in Kitas. Zusammen mit besseren Ausbildungsbedingungen soll PIA nun kräftig für Fachkräftenachwuchs sorgen.**

■ Jedes Jahr, wenn im Jahresbericht des Jugendamts zur Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen die Zahlen präsentiert werden, kommt es zu einem Déjà-vu-Erlebnis. Einerseits wurden viele neue Kita-Plätze vor allem für unter Dreijährige geschaffen, auf der anderen Seite fehlen aber immer noch ca. 2.800 Plätze in der relevanten Gruppe der Ein- bis Dreijährigen mit einem gesetzlichen Anspruch auf einen Kita-Platz. Auch die Tatsache, dass sich hier nach Umsetzung der im Gemeinderat beschlossenen Maßnahmen der Versorgungsgrad insgesamt auf ca. 56 Prozent (derzeit 42,6 Prozent) verbessert und damit die Marke von 62 Prozent, die in Stuttgart erforderlich ist, um den Bedarf zu decken, in Reichweite rückt, ist für Eltern, die aktuell einen Platz für ihr Kind suchen, kein Trost.

Das allergrößte Problem zurzeit ist aber nicht etwa zu wenig Geld oder mangelnder politischer Wille beim Ausbau der Kindertagesbetreuung, sondern es fehlen schlicht Erzieher\*innen. Allein beim städtischen Träger sind 450 Kita-Plätze wegen Personalmangels nicht belegt und ca. 200 Personalstellen unbesetzt. Kein Wunder also, dass in letzter Zeit, in der Öffentlichkeit wie im Gemeinderat, heftig über das Thema Fachkräftegewinnung diskutiert wird.

Die Ende 2016 von der Verwaltung eingebrachten Vorschläge gingen nicht weit genug, so dass es nötig war, seitens des Gemeinderats und maßgeblich von uns Grünen hier kräftig nachzusteuern. Letztendlich haben wir Grünen federführend einen Antrag eingebracht, der genau jene Punkte aufgreift, die nachweislich am besten geeignet sind, Erzieher\*innen zu gewinnen bzw. in Stuttgart zu halten. Zum einen ist, mit breiter Zustimmung für unseren mit Unterstützung von SPD, SÖS-Linke-Plus und FDP gestellten Antrag, die Zulage „Tarif Plus“ verlängert worden. Zwar wurde der Tariflohn für Erzieher\*innen – zu Recht – erhöht. Nach wie vor ist die Zulage aber ein wichtiges Instrument, um die hohen Lebenshaltungskosten in Stuttgart abzufedern und um in der Konkurrenz mit anderen Kommunen zu punkten. Bei den nächsten Haushaltsberatungen wird zu entscheiden sein, wie mit dieser Zulage weiter verfahren wird.

Darüber hinaus ist es uns wichtig, die Ausbildungskapazitäten in der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) zu vergrößern. Mittelfristig ist dies der beste Weg, um den Fachkräftemangel zu beheben. Zusätzlich wollen wir die Rahmenbedingungen in der Ausbildung verbessern. Durch eine Ausbildungspauschale von 100 Euro je Auszubildendem, die etwa dazu dienen kann, eine Freistellungszeit für Ausbilder\*innen zu finanzieren, geben wir einen starken Impuls zur Ausweitung der PIA.

## **MEHR LEHRSTELLEN STATT LEERSTELLEN – ZUSÄTZLICHE AUSBILDUNGSPLÄTZE SIND SCHON ANGEKÜNDIGT!**

Die freien Träger haben bereits signalisiert, dass sie unter diesen Rahmenbedingungen bereit sind, dann weitere 80 bis 90 Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Das wäre eine Ausweitung der Ausbildungsplätze um fast 40 Prozent und würde einen absoluten Meilenstein für den Bereich der PIA darstellen.

Über diesen Vorschlag der grünen Fraktion, der in einem interfraktionellen Antrag breite Unterstützung findet und der auch von der Fachverwaltung unterstützt wird, wird demnächst im Verwaltungsausschuss zu entscheiden sein.

Um Fachkräfte zu gewinnen und vor allem zu binden, bedarf es aber seitens des Jugendamts und der freien Träger auch einer guten Qualitätsentwicklung. Diese muss neben der fachlichen pädagogischen Weiterentwicklung auch Aspekte der Personalentwicklung und -begleitung beinhalten. Für die einzelnen Erzieher\*innen, die vor Ort unter teilweise sehr schwierigen Bedingungen arbeiten, ist eine wertschätzende Unterstützung ihrer Arbeit von existenzieller Bedeutung.

Natürlich ist die Fachkräftegewinnung gerade im Bereich der Erzieher\*innen eine sehr schwierige Aufgabe, die nicht über Nacht gelöst werden kann. Aber wir Grünen haben in Stuttgart einige entscheidende Impulse zur Verbesserung der Situation gegeben.

*Vittorio Lazaridis*



## Stellenausschreibung:

### Persönliche/r Mitarbeiter/in im Abgeordnetenbüro von Muhterem Aras MdL

Sie interessieren sich für Grüne Politik in der Landeshauptstadt Stuttgart und sind auf der Suche nach einer neuen Herausforderung? Für mein Abgeordneten- und Wahlkreisbüro in Stuttgart suche ich zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter (Vollzeit) – befristet bis zum Ende der Legislaturperiode. Die Bezahlung erfolgt in Anlehnung an den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L Baden-Württemberg).

#### Arbeitsschwerpunkte:

- inhaltliche Vorbereitung und Zuarbeit bei Wahlkreisterminen
- Konzeption und Organisation von Veranstaltungen
- Unterstützung beim Verfassen von Reden, Grußworten und Texten
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Betreuung der Homepage sowie Social Media
- Erledigung der Korrespondenz, Büroorganisation und Terminkoordination
- Bearbeiten von Bürgeranfragen
- Betreuung von Besuchergruppen

#### Ihr Profil umfasst idealerweise:

- abgeschlossenes Hochschulstudium oder ähnliche Qualifikation
- gute Kenntnisse Grüner Politik sowie der Stadt Stuttgart mit ihren politisch relevanten Akteuren
- sehr gute Ausdrucksweise in Wort und Schrift
- Zuverlässigkeit und Eigenständigkeit
- Erfahrung in Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Kenntnisse im Umgang mit Social Media Seiten
- Freude am Organisieren, Flexibilität und Serviceorientierung
- Souveräner Umgang mit MS Office, CMS WordPress

Bewerbungen mit Motivationsschreiben, Lebenslauf und Zeugnissen sind bitte bis zum 31. März 2017 per E-Mail an [muhterem.aras@gruene.landtag-bw.de](mailto:muhterem.aras@gruene.landtag-bw.de) zu senden. Für Rückfragen steht Ihnen mein Büro unter Tel. 0711/2063-661 zur Verfügung.

## STREETWORK

# Zwischen Konsum und Kultur

**Dass Jugendliche dem Reiz des Konsums erliegen können, ist wohl keine neue Erkenntnis. Dass sie aber gleichermaßen Begeisterung für die Bibliothekskultur zeigen können – genau dies ist das Ergebnis eines gut gestarteten Streetwork-Projekts am Mailänder Platz.**

Der Mailänder Platz ist vielen Stuttgarter\*innen nur als Vorplatz der gelungenen, sehr frequentierten Stadtbibliothek und des Groß-Einkaufszentrums Milaneo bekannt. Er hat aber von Anfang an eine weitere Nutzung erfahren: Seit Eröffnung der beiden Publikumsmagnete dient er als Treffpunkt der Jugendszene – leider nicht immer in der vom Konsum- und Kulturpublikum gutgeheißenen Form. Die Jugendlichen bewegten sich je nach Wetterlage zwischen den beiden Gebäuden und dem Platz hin und her. Immer wieder kam es zu Regelverstößen und Konflikten, die sich auch aufgrund der Gruppengrößen nicht einfach lösen ließen; auch Biker- und Skater\*innen kamen wiederholt mit Passanten in Konflikt. Gut, dass die Bibliotheksleitung besonnen reagiert und sich gemeinsam mit den benachbarten Einrichtungen an die Mobile Jugendarbeit gewandt hat. Vereinbart wurde ein dreimonatiges Streetwork-Projekt, aus dem alle Beteiligten lernen sollten. Begonnen wurde mit der Schulung der Büchereibelegschaft und der Gründung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe, die wissenschaftlich begleitet wurde. In der kurzen Zeit trafen

die Streetworker\*innen ca. 200 Cliques an und sprachen mit ca. 840 jungen Menschen. 75 Prozent der Jugendlichen kamen aus Stuttgart und waren meist in der Gruppe da. Die meisten kamen, um Freunde zu treffen, zu chillen, zu shoppen, um zu sehen und gesehen zu werden.

**CHILLEN, SKATEN UND ZUM SURFEN IN DIE BIBO!** | Die deutschlandweit besondere räumliche Nähe von Shopping Mall und Bibliothek mit gastronomischem Angebot kommt den Wünschen der Jugendlichen auf einzigartige Weise entgegen. Allerdings trafen die Streetworker\*innen dort auch auf viele problembelastete Jugendliche, die dringend weitergehende Unterstützung benötigen. Hier versucht die Mobile Jugendarbeit, feste Ansprechpartner\*innen zur Verfügung zu stellen.

**MOBILE JUGENDARBEIT DAUERHAFT VOR ORT?** | Das zweijährige Folgeprojekt, das wir Grünen außerordentlich unterstützen, möchte klären, ob eine (offene) Anlaufstelle auf Dauer im Europaviertel installiert werden muss. Drei Sozialarbeiter\*innen der Mobilen Jugendarbeit stehen für die kommenden Jahre zur Verfügung. Wir werden sehen, ob die Jugendlichen den Platz dauerhaft für sich in Anspruch nehmen und wie er sich weiter entwickelt.

Gabriele  
Nuber-Schöllhammer

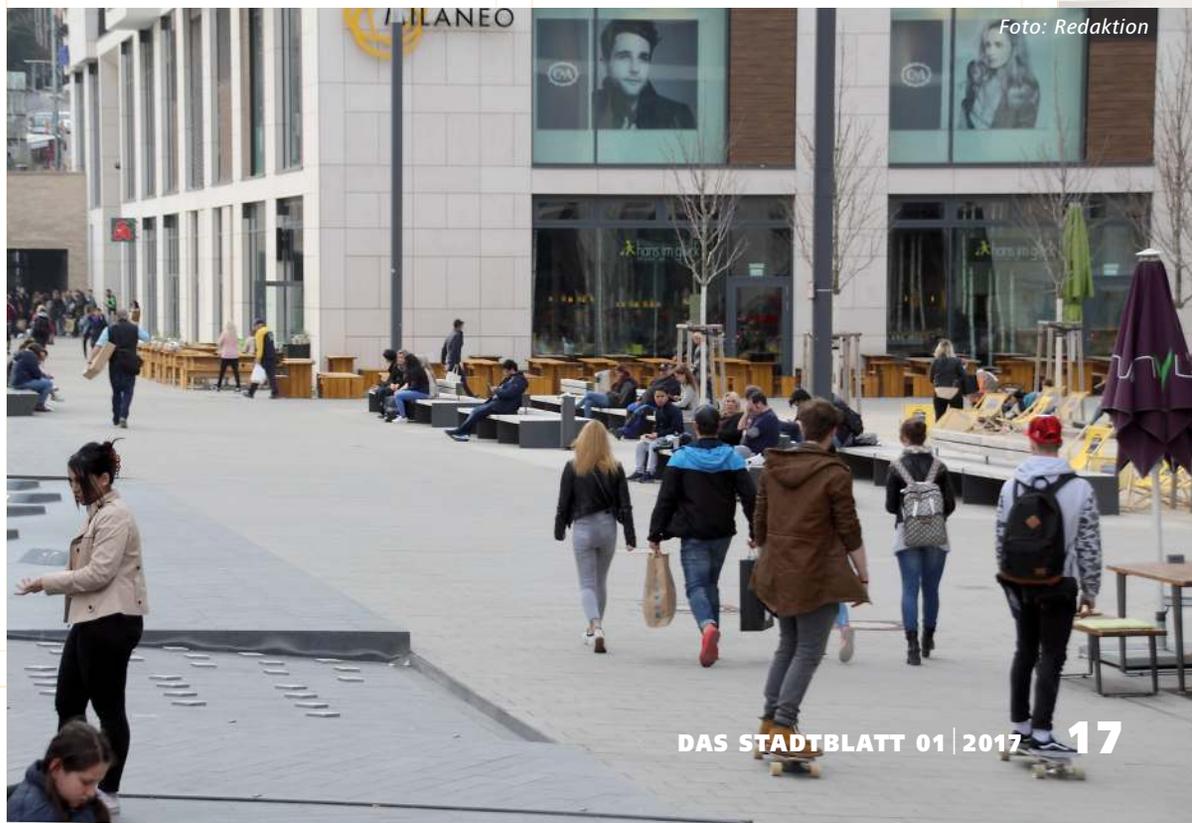


Foto: Redaktion

## Faire Rente und Rosen – nicht nur am 8. März!

**Wir wollen die Diskriminierung von Frauen aufzeigen, so lange, bis sich das ändert!**

■ Der Internationale Frauentag 2017 wurde wie jedes Jahr im vollbesetzten Sitzungssaal des Stuttgarter Gemeinderats gefeiert. Über mangelnden Zuspruch konnten sich die Veranstalterinnen, die Frauen des Personalbeirats, nicht beklagen. Die unrühmliche Ausnahme bildeten die Mandatsträger und die Führungsebene: Nur Gemeinderätinnen und aus der Bürgermeisterrunde allein Frau Fezer gaben sich die Ehre – die Herren Kollegen, so lernten wir, sind eben schon emanzipiert genug.

Wir hörten viele inhaltlich gute und zugleich schwungvolle Vorträge. So hielt uns die Vorsitzende des Frauenrats Baden-Württemberg, Manuela Rukavina, den Spiegel vor auf unserem Weg von der Selbsterkenntnis zum politischen Handeln. Gewürdigt wurde der Abschluss der Dienstvereinbarung „Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern“ zwischen Stadt und (Gesamt-)Personalrat. Sie greift zentrale Punkte des Chancengleichheitsgesetzes des Landes, der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene sowie der Charta für Vielfalt auf und setzt sie um. Die Themen sind:

- Personalgewinnung und -entwicklung
- Ziele und Maßnahmen gegen Belästigung, Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung, Übergriffe und Diskriminierungen am Arbeitsplatz
- Ziele und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Beruf
- Geschlechtergerechtes berufliches Gesundheitsmanagement
- Regelungen zur Arbeits-/Dienstbefreiung zur Versorgung von schwer erkrankten Angehörigen

Zur näheren Ausgestaltung sollen nun die Maßnahmenpläne aufgesetzt werden. Unseren Schwerpunkt zeigte unser Antrag „Internationaler Frauentag: Programmpunkt und Aufklärung zu Rentenanwartschaften“ (zusammen mit FW und FDP). Denn die Landeshauptstadt ist mit ca. 17.000 Beschäftigten ein großer Arbeitgeber von vielen teilzeitbeschäftigten Frauen.

**NICHT DURCH DIE BLUME: INFO ÜBER ALTERSBEZÜGE** | Unser Anliegen ist, schon frühzeitig über die Konsequenzen für die Rente aufzuklären, wenn (mehrheitlich) Frauen in Teilzeit gehen oder später nicht wieder aufstocken. Denn die gesetzliche Altersrente ist hauptsächlich ein Spiegel der früheren Erwerbstätigkeit. Generell gilt: Höheres Entgelt bei längerer Beitragszeit führt zu höherer Rente. Besonders niedrig wird die Rente bei einer Kombination von niedrigem Verdienst mit einer unterbro-

chenen und/oder Teilzeiterwerbsbiografie. Auch im Personalbeirat ist die Altersarmut von Frauen ein großes Thema. Daher war das städtische „Versichertenamt“ mit einem Podiumsbeitrag und einem Stand vertreten und konnte sich und seine Arbeit (Beratungen zur Rente, Kontenklärungen, Rentenanträge) vorstellen. Das Versichertenamt ist Teil des Sozialamts und hat Außenstellen zur Rentenberatung in den einzelnen Bezirksämtern der Stadtbezirke. Es steht allen Stuttgarter Bürger\*innen als Serviceleistung zur Verfügung. Viele Frauen haben sich gleich am Stand zu einer Beratung angemeldet – **EIN SCHÖNER ERFOLG UNSERER ARBEIT!** | Später am Tag verteilte der grüne Landesverband 500 rote Rosen an die Frauen auf Stuttgarts zentralem Platz. Das war ein schöner, bunter und erfolgreicher Internationaler Frauentag in Stuttgart.

*Andrea Münch*

*Andrea Münch (rechts) mit Christine Lehmann am 8. März 2017. Foto: Laura Geßner*



## Ein besonderer Schatz

Interview mit Timo Saier, Betriebsleiter des Weinguts der Stadt Stuttgart

**DAS STADTBLATT:** Herr Saier, seit gut einem halben Jahr leiten Sie das Städtische Weingut. Ihren ersten Jahrgang haben Sie eingebracht – können Sie zur Qualität der Weine schon etwas sagen?

**Timo Saier:** Ich bin mit dem 2016er Jahrgang sehr zufrieden. Die Umstellung der Arbeitsabläufe zeigen schon erste Wirkungen, das ganze Team hat sich motiviert in die neuen Strukturen eingebracht.

*Es ist ja ein besonderer Schatz, den die Stadt da hat – wie werden Sie die Marke Weingut Stuttgart weiterentwickeln?*

**T.S.:** Das Weingut der Stadt Stuttgart soll für markante und anbaugbietstypische Weine stehen und mit einem schlanken, klar strukturierten Sortiment überzeugen.

*Wie Sie wissen, haben wir großes Interesse an einer biologischen Ausrichtung. Sie haben bei Ihrem Antritt darauf hingewiesen, dass eine ökologische Weiterentwicklung Hand in Hand gehen muss mit einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Haben Sie in der Winterzeit dafür schon einen Fahrplan entwickelt?*

**T.S.:** Wir arbeiten an mehreren Stellen, um die enormen Wege zu reduzieren. Auch die weitere Pflanzung pilzwiderstandsfähiger Sorten gehört dazu. Im Frühjahr legen wir eine zweite Fläche an, weitere folgen.

*Vor welche Herausforderungen stellt der Klimawandel den Weinanbau?*

**T.S.:** Man muss bei der Sortenauswahl die Klimaentwicklung berücksichtigen. Extreme Wetterereignisse können zum Problem werden, gerade im Bioweinbau.

*Wie steht's um die Kirschessigfliege?*

**T.S.:** Gegen die Kirschessigfliege haben wir eine optimierte Strategie, das mechanische Unterstockgerät für den Direktzug ist am Montag gekommen. Wir werden es dieses Frühjahr einsetzen.

*Gibt es neue Veranstaltungen?*

**T.S.:** Unsere Veranstaltungen werden auf die jeweiligen Kundengruppen abgestimmt. Ziel ist, den Kunden bei den Weinproben auch die speziellen Bedingungen und ökologischen Maßnahmen näherzubringen.

*Die Fragen stellte Silvia Fischer.*



Sie munden nicht nur Timo Saier und Silvia Fischer, die edlen Tropfen Stuttgarts – etwa der „Weinsteige Rosé“ oder auch das „Cannstatter Zuckerle“ von einer der sonnenverwöhnten, besonders eindrucksvollen Steillagen am Neckar. Foto: Laura Geßner

## Wie gelingt Integration?

### Erste Ideen, persönliche Erfahrungen

**■** Angesichts 240 neuer Nachbarn aus dem arabischen Raum und Afrika fragt man sich: Auf dem Weg zur Haltestelle künftig einen Umweg machen? Oder an den drei Flüchtlingsheimen außen vorbeigehen, Blick geradeaus? Oder einen Blick hinüber riskieren? Bei Dunkelheit ein bisschen schneller gehen, mit mulmigem Gefühl? Oder einfach mal reingehen und schauen, was passiert?

**GUTEN TAG!** | Vielleicht ein bisschen reden – „wie geht's?“, ein paar einfache Probleme lösen: „Was ist ein Einschreiben?“ Dann schwierigere Dinge: „Wie komme ich zu einem Schwimmkurs, einem Praktikum, einer Ausbildung?“ Einige sehr nette Leute kennenlernen, an einigen geht man so vorbei. Es ist fast wie mit den alteingesessenen Nachbarn auch. Manche freuen sich allerdings richtig, einen zu sehen. Andere gehen ihrer Wege, nicht ohne „Hallo“ zu sagen. Es sind keine anonymen Gestalten mehr, man merkt sich mehr und mehr die Gesichter und Namen. Lernt, wer zu welcher Familie gehört, wird vertrauter, hat in schwieriger Lebenssituation Beistand geleistet, gewinnt Freunde.

Man ist überrascht, wie friedlich es bei allem internen Hickhack – zwischen den Lauten und den Leisen, denen, die alles gleich weg-

putzen und denen, die alles liegen lassen – nach außen hin ist. Dass die meisten von ihnen keinen Alkohol trinken, hilft unheimlich. Ich möchte mir nicht vorstellen, wie es wäre, wenn wir Feuerbacher\*innen in einer Notlage auf engstem Raum zusammenleben müssten.

Man ist überrascht, wie beschäftigt und strebsam die meisten sind, sich ein Leben in Deutschland aufbauen zu wollen. Aber es ist ein langer Weg. Die Sprachhürde, die kulturellen Unterschiede. Erstaunlich, wie wenig viele Deutsche bisher mit Zugewanderten zu tun hatten, aber Bedenken haben und sich fürchten. Wobei wir beim Ausgangspunkt wären: dem Individuum begegnen, nicht einer undeutlichen Masse. Und merken: Es sind nicht „die Flüchtlinge“, sondern höchst unterschiedliche Menschen. Damit ist schon mal viel gewonnen. Der nächste Schritt kann folgen: Jemanden, den man sympathisch findet, an die Hand nehmen und zeigen, wie der Hase hier läuft. Schon viele Jahre frage ich Migrant\*innen, die es in Deutschland „zu etwas gebracht“ haben, wie dies gelungen sei. Alle sagen dasselbe: **„ES GAB JEMANDEN, DER MIR ERKLÄRT HAT, WIE DIE DINGE IN DEUTSCHLAND FUNKTIONIEREN.“**

*Silvia Fischer*



RATHAUS

AUS DEN BEZIRKEN:  
STUTTGART-MITTE

# Eppur si muove – und sie bewegt sich doch!

**Nach den großen Meinungsschlachten um Stuttgart 21 wurde das politische Klima in unserer Landeshauptstadt in den letzten Jahren doch ziemlich lustlos, nörglerisch und arm an Visionen und Initiativen. Das ändert sich.**

■ Viele der kreativsten Köpfe der Stadtgesellschaft hatten sich enttäuscht zurückgezogen, wenig Lust, der Bahn wieder und wieder deren Fehlkalkulationen und mangelhaften Bauausführungen vorzuhalten, ohne dass sich irgendetwas ändert. Sie finden es auch nicht lustig, in einer Stadt zu wohnen, die ihren Bürger\*innen nicht einmal eine Atemluft garantieren kann, die den EU-Richtlinien auch nur einigermaßen entspricht. Und sie verstehen nicht, dass man das seit dem Jahr 2000 diskutiert, zu keinem Konzept kommt, die Luft dabei immer schlechter wird und die Republik immer schlechter über uns als Feinstaubhauptstadt spricht. Eine lethargische und verdrossene Bürgerschaft tut einer Stadt nicht gut. Das haben wir, die in Gremien und Parteien politisch Engagierten, immer gesagt. Optimistisch wie wir sind, haben wir immer um Rückenwind aus der Bürgerschaft gebeten.

**JETZT IST ER GEKOMMEN, DER RÜCKENWIND AUS DER MITTE DER BÜRGER-SCHAFT, MITTEN IM KALTEN FEBRUAR.**

Eine kleine Gruppe von Innenstadtbewohner\*innen hat eine Initiative gebildet, die sich um das Bohnen- und Leonhardsviertel, zusammengenommen die Leonhardsvorstadt, kümmern will. Die hat fast so viele Probleme, wie sie Charme und Potenzial hat. Dabei geht es um die Stärkung von Identitäten und eine kluge und menschenfreundliche Neuplanung auf dem Areal, auf dem heute noch das Züblin-Parkhaus steht.

Anfang Februar habe ich zusammen mit der Initiative Leonhardsvorstadt zu einer Informationsveranstaltung ins Stadtteilhaus Mitte eingeladen. Knapp 90 Interessierte kamen und haben Vorschläge, Meinungen und Interessensbekundungen mitgebracht. Konkret wurde an Themen wie Städtebau und Denkmalschutz, Baugemeinschaften und Zusammenleben, Kultur im Quartier und Handel und Gewerbe sowie die Verkehrssituation rund um die B 14 diskutiert.

Das ist ein Fundament, auf dem der Bezirksbeirat Mitte, der Gemeinderat und nicht zuletzt auch die Stuttgarter Stadtverwaltung aufbauen kann.

**KEINE VIERZEHN TAGE SPÄTER: EIN NOCH GRÖßERES WUNDER DER BÜRGER-BETEILIGUNG IN STUTTGART!**

Ein Kreis um Wieland Backes, Jossi Wieler von der Stuttgarter Oper, Cornelia Ewigleben vom Württembergischen Landesmuseum, den erfolgreich querdenkenden Architekten Arno Lederer sowie den ehemaligen Ulmer Baubürgermeister Alexander Wetzig hat gemeinsam mit der Stiftung Geißstraße in den Hospitalhof eingeladen. Unter dem Motto „Aufbruch Stuttgart“ waren Visionen für eine Reparatur der Innenstadt gefragt und gefordert. Visionen für ein menschenfreundliches Kulturquartier. Für die Gegend also rechts und links der B 14, die in diesem Abschnitt Konrad-Adenauer-Straße heißt und bei der man sich angewöhnt hat, sie „Kulturmeile“ zu nennen.

Hunderte von Gemeinderatsanträgen, politischen Vorstößen, Planungen, städtebaulichen Wettbewerben befassten sich schon zu Zeiten Lothar Späths mit diesem Gebiet. Alle Pläne und Wettbewerbsergebnisse verschwanden dann aber in den amtlichen Schubladen. Einzig der Übergang am Charlottenplatz für Fußgänger\*innen schaffte es,

verwirklicht zu werden. Der ebenso erwünschte Übergang von der Oper zum Haus der Geschichte und hinauf zum Galateabrunnen wurde bis heute verhindert. Ich habe vorgeschlagen, die Pläne aus den Amtsschubladen zu holen und sie in gläsernen Schubladen im neuen Stadtmuseum zugänglich zu machen. Denn auch sie sind ein Teil unserer Stadtgeschichte, und sie sind ein Beitrag für die Planungen in der Zukunft. Zu dem Abend der Visionen am 16. Februar kamen fast 1.000 Interessierte in den Hospitalhof. Es wurde beschlossen, sogleich einen Verein zu gründen.

Das waren zwei spontane Bürgeraktivitäten von unten. Das Bedürfnis, unsere Stadt vorwärts zu bringen, sich mit der Tristesse von Verkehrsschneisen nicht länger abzufinden, ist riesig. Und wir Grünen auf allen Ebenen sind aufgerufen, das ernst zu nehmen und aufzunehmen. „Eppur si muove, sie bewegt sich doch!“, soll Galileo Galilei gesagt haben, als er der Lehre von der Erdbewegung abschwören sollte. Es macht optimistisch, dass sich das auch von der Stuttgarter Bürgerschaft sagen lässt.

*Veronika Kienzle,  
Bezirksvorsteherin Stuttgart-Mitte*



Züblin-Parkhaus vor der Leonhardskirche. Foto: Redaktion



BAD CANNSTATT

# „Ich will nach fünf Jahren Ergebnisse sehen!“

**Vor Kurzem ist in Bad Cannstatt die Veranstaltungsreihe „Zukunft Bad Cannstatt 2030 – ein Schritt ins Konkrete“ zu Ende gegangen. Bürgerinnen und Bürger hatten sich in den vorausgegangenen Monaten im Rahmen der Zukunftswerkstatt Bad Cannstatt intensiv mit ihrem Stadtbezirk beschäftigt und Wünsche an Kommunalpolitik und Fachleute gerichtet. Einer der Initiatoren der Zukunftswerkstatt ist **Dietrich Haaf**, Vorsitzender des Grünen Ortsverbands Bad Cannstatt.**

**DAS STADTBLATT:** *Dietrich, wann und wodurch ist denn die Zukunftswerkstatt Bad Cannstatt ins Leben gerufen worden?*

**Dietrich Haaf:** Da muss ich etwas aus-holen. Als ich frisch im Ruhestand war, konnte ich endlich selbstbestimmt etwas Vernünftiges mit meiner Zeit anfangen, und ich beschloss, meine Arbeitskraft und meine Erfahrungen bei den Cannstatter Grünen einzubringen. Hier vor Ort sehe ich immer noch die wichtigsten Aufgaben. Natürlich habe ich mich umgesehen, wo ich möglichst viel bewirken kann, und bin bei dieser Suche schnell auf Peter Mielert gestoßen, Grünes Cannstatter Urgestein – unendliches Wissen, unermüdlicher Motor.

Ich bin ein Arbeitstier und deshalb habe ich mir, als ich zwei Wochen krank im Bett liegen musste, von Peter alle relevanten Dokumente aus den letzten 30 Jahren Bad Cannstatt geben lassen, ungefähr andert-halb Meter Papier im Stapel. Alles gelesen, alles notiert, was relevant für uns ist. Über 300 Vorschläge und Maßnahmen habe ich dann in einer Datenbank katalogisiert, kate-gorisiert, lokalisiert und den Status ermittelt. So viele gute Vorschläge und beschlossene Maßnahmen sind nie umgesetzt worden! Ausgedruckt hieß das dann „Grünbuch Bad

Cannstatt 2013“, 21 Seiten voll Information. Damit sind Peter und ich dann zur Stadt-verwaltung, wir haben richtig Eindruck da-mit geschunden. Das hat Spaß gemacht!

*So richtig angefangen hat es doch mit der „Stadt am Fluss“?*

**D. H.:** Richtig! Im Sommer 2013 bereiteten wir uns auf die KMV [Kreismitgliederver-sammlung; Anm. Red.] „Stadt am Fluss“ vor. Ich bin Ingenieur und habe mein gan-zes Berufsleben entwickelt – Produkte, Verfahren, Teams, Unternehmen – und Peter beschäftigt sich als Architekt schon dreißig Jahre mit der Materie. Deshalb haben wir Cannstatter dort auch gute städtebauliche Entwürfe gezeigt, akkurat gezeich-net, sehr konkret, alles aus dem riesengroßen Fundus von Peter. Und ich dachte: Toll, es geht gleich los!

*„So viele gute Vorschläge und beschlossene Maßnahmen sind nie umgesetzt worden!“*

*„Grünbuch Bad Cannstatt 2013 – damit sind wir zur Stadtverwaltung und haben richtig Eindruck ge-schunden. Das hat Spaß gemacht!“  
Dietrich Haaf*

*Aber so einfach ist das wohl nicht?*

**D. H.:** Nein, natürlich ging es nicht gleich los. Und natürlich mussten die Cannstatter Grünen 30 Jahre warten, bis der Markt-platz endlich autofrei wurde. Das hat mich in die Wirklichkeit zurückgeholt. Das war nicht mein Ding. Während des Kommunalwahl-kampfs 2014 habe ich etwas gemacht, von dem ich später erfuhr, dass man es „Politi-sches Framing“ nennt. Ich habe mein politi-sches Ziel so beschrieben: „Damit Bad Cannstatt wieder zu Bedeutung und Schön-heit findet.“ Bedeutung, Schönheit, wieder-finden – diese Begriffe sind stark positiv aufgeladen mit Emotionen und Werten und ich habe im Herbst 2014 in verschiedenen Besenwirtschaften festgestellt, dass auch Personen, die politisch überhaupt nicht mit mir übereinstimmten, sofort von dieser Aus-

sage angetan waren und – nach einigen Viertele – dann auch empfänglich für die damit verbundenen politischen Forderungen.

*Dieses Motto hört sich aber so gar nicht politisch an!*

**D. H.:** Es ist sogar ein äußerst politisches Statement! Peter und ich haben dazu ein kleines, feines Büchlein gemacht, viele schöne Bilder, inhaltlich haben wir unsere Präsentation zur KMV verwendet, schön gebunden, 30 Exemplare haben wir im Drogeriemarkt gedruckt. Damit sind wir zu befreundeten Parteien, zu Vereinen, zur Stadtverwaltung und zu Bürgerinitiativen und haben verkündet, dass wir Grünen

eine überparteiliche Be-wegung in Cannstatt an-schieben wollen, wo die Bürgerschaft an einem zukünftigen Bad Cannstatt 2030 arbeiten soll. Los-gelöst von Tagesproblemen,

den Streitereien und den Blockaden, unter-stützt von Fachleuten aus der Wissenschaft und der Stadtverwaltung. Wir bekamen positive Signale von allen Seiten. Jetzt mussten wir nur noch einen Rahmen finden, unabhängig von uns Grünen, den alle ak-zeptieren würden. Und Peter hatte eine prima Idee und sprach mit der Volkshoch-schule. Und mit der Unterstützung der Volks-hochschule sprachen wir unseren Bezirks-vorsteher an, er bekam das letzte Exemplar unseres Büchleins, dazu ein Programm für das folgende Jahr mit dem Titel „Ein Pro-zess der Annäherung“ und nach drei Sätzen fiel er uns ins Wort: „Das ist genau das, was Bad Cannstatt braucht!“ So entstand die Zukunftswerkstatt Bad Cannstatt.

*Was ist eigentlich eine Zukunftswerkstatt?*



Hattet ihr dazu einen Plan oder eine Vorlage?

**D. H.:** Nein, ich habe so etwas noch nie vorher gemacht, ich meine, so einen politischen Prozess. Ich weiß, dass wir keine Bürgerbeteiligung sind, wir sind eher eine atypische Bürgerinitiative, die sehr eng mit Institutionen wie Stadtverwaltung, Universität und Volkshochschule zusammenarbeitet. Wir Grünen kommen ja ursprünglich aus Bürgerinitiativen, und das sollten wir nie vergessen! Wir haben ein Ziel, wir haben aber nicht wirklich einen großartigen Plan, sondern wir entscheiden oft von Schritt zu Schritt. Wir versuchen, mutig zu sein. Und ich persönlich möchte nach fünf Jahren Ergebnisse sehen!

Zukunftswerkstatt ist ja praktizierte Demokratie im Stadtbezirk. Wie habt ihr die Cannstatter\*innen einbezogen?

**D. H.:** Jedes Jahr der Zukunftswerkstatt hatte eine Überschrift, die erste für das Jahr 2015 hieß: „ein Prozess der Annäherung“. Es diente dazu, grundlegende Informationen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft von Bad Cannstatt zu präsentieren und dabei ein „Zukunftsteam“ zu bilden, das dann vier große Veranstaltungen zum Jahresende 2015 im Kursaal vorbereitet und durchgeführt hat. In jeder Veranstaltung hatten wir 200 bis 300 Interessierte, das ist nicht schlecht. In einem World-Café haben wir zusammen mit der Bürgerschaft Ziele für unser Projekt erarbeitet. Und ich meine damit nicht ein Projekt der Grünen, sondern ein Projekt der Cannstatter Bürgerschaft. Da machen zwar nicht alle Cannstatterinnen und Cannstatter mit, aber es ist schon eine ganze Menge, und wirklich jeder darf mitmachen.

„Wir Grünen kommen ja ursprünglich aus Bürgerinitiativen, und das sollten wir nie vergessen!“

„Wir versuchen, mutig zu sein.“  
„Zusammen mit der Bürgerschaft wollen wir an Ideen für die IBA 2027 arbeiten. Eine Idee ist: attraktives Wohnen für 200 Euro Miete.“  
Dietrich Haaf

Das Zukunfts-Team kommt heute aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Bürgerschaft, wir haben Leute aus Vereinen, Parteien, der Wirtschaft, der Universität, Hauseigentümer, Dienstleister, Architekten, eine bunte Mischung. Die allerwenigsten sind Grüne, aber alle sind engagierte, verantwortungsvolle Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ganz besonders möchte ich die Zusammenarbeit mit dem Cannstatter Gewerbe- und Handelsverein loben!

Dann kam 2016, das Jahr hatte den Titel „ein Schritt ins Konkrete“. Wir wussten wohl, dass man abstrakte Diskussionen gut führen kann, aber dass die Schwierigkeiten zunehmen, je mehr es um Konkretes geht. Wir hatten im Vorjahr fünf Themenfelder gebildet, für die wir im Sommer in Arbeitsgruppen Inhalte erarbeitet haben. Besonders erfolgreich war die Arbeitsgruppe, die sich mit Städtebau und Mobilität beschäftigte.

Hier hatten wir im Vorfeld zusammen mit der Stadtverwaltung sechs Hotspots definiert, sozusagen Cannstatter Schwerpunktthemen. Zu jedem Hotspot hatte sich ein Pate oder eine Patin gemeldet; sie brachten besondere Sachkunde zu ihrem Hotspot mit und betreuten ihn im laufenden Projekt. Am Abend des EM-Halbfinals hatten wir im Cannstatter Sitzungssaal sechs große Tische aufgebaut, auf jedem ein Ausschnitt aus dem Cannstatter Stadtplan in großem Maßstab, Skizzenpapier, Filzstifte. Glücklicherweise kamen trotz Fußball 50 Cannstatterinnen und Cannstatter, sie haben diskutiert und ihre Ideen in die Pläne skizziert – viele gute Ideen. Erst kurz vor dem Anpfiff verließen die letzten den Saal!

Es dauerte eine Weile, bis die vielen Entwürfe gesichtet, geordnet und ausgewertet waren. Zusammen mit den Paten haben wir dann für jeden Hotspot eine Lösung ausgewählt und beschrieben. Diese Vorschläge

wurden Anfang Dezember im Kursaal der Bürgerschaft präsentiert, die dann über einen Fragebogen die Vorschläge priorisieren konnte.

Erklärtes Ziel war ja, Bad Cannstatt weiterzuentwickeln. Welches sind nun die herausgearbeiteten Maßnahmen?

**D. H.:** Wir reden über insgesamt elf Vorschläge, wobei die ersten vier Vorschläge als „sehr wichtig“ bewertet wurden – sie erhielten zwischen 60 und mehr als 80 Prozent der Stimmen. Auch der in der Rangfolge letzte Vorschlag erhielt noch mehr als 30 Prozent der Stimmen. Das sind also die vier Spitzenreiter: Erstens die Neugestaltung des Wilhelmsplatzes als Platz mit urbaner Qualität. Entflechtung von Schienen- und Straßenverkehr, einfache Querung für Fußgänger, hohe Aufenthaltsqualität, Anfahrt zum Bahnhof aus beiden Richtungen. Zweitens: Eisenbahnbrücke als Park über den Neckar. Die Nachnutzung der Brücke als Park und kreuzungsfreien Radschnellweg Stuttgart-Mitte nach Bad Cannstatt – fünf Minuten! – und zum Neckarpark. Drittens die Aufwertung des Bahnhofsviertels und des Bahnhofs. Nutzung des Parkhauses aus beiden Fahrtrichtungen am Wilhelmsplatz, bessere Nutzung des Blocks zwischen Wilhelms- und Bahnhofplatz mit Mix aus verschiedenen Nutzungen und als Kultur-Cluster, umfangreiche Verkehrsberuhigung, verbesserte Aufenthaltsqualität für Fußgänger, zentrale Bushaltestelle. Und viertens: das urbane Ufer. Uferterrassen auf Flussniveau, Verbindungswege auch unter den Brücken, „Perlenkette“ öffentlicher Orte am Neckar, mehr Schiffsanleger.

Das hört sich sehr gut an! Was sind jetzt die nächsten Schritte?

**D. H.:** Als nächstes wollen wir die Vorschläge durch den Bezirksbeirat bringen, möglichst mit deutlicher Mehrheit. Dann soll die Stadtverwaltung die Vorschläge prüfen und gegebenenfalls Planungskosten



Foto: Reinhard Möhrle

ermitteln. Im Herbst stehen die nächsten Haushaltsverhandlungen an. Das bedeutet noch viel Überzeugungsarbeit! Wir wollen dem Jahr 2017 voraussichtlich die Überschrift „Striche auf Papier“ geben und mit der Universität zusammenarbeiten, so dass wir Ende des Jahres eine Reihe von studentischen Entwürfen für die Vorschläge haben. Vielleicht gibt das dann eine kleine Ausstellung in der Weihnachtszeit. Zusammen mit der Bürgerschaft wollen wir dieses Jahr an Ideen für die IBA 2027, Stadt-Region Stuttgart, arbeiten. Eine Idee ist: attraktives Wohnen in der Stadt für 200 Euro Miete. Das bedeutet: wenig Flächenverbrauch für die Wohnung und sehr sorgfältige Gestaltung des Wohnumfeldes. Vielleicht kann diese Idee dann einfließen in die Aufwertung des Bahnhofsviertels. Und wir werden uns verstärkt um die „soften“ Themen kümmern: Arbeit und Wirtschaft, Freizeit und Kultur, unsere heterogene Bürgerschaft.

Die Fragen stellte Martin Steeb.

Dietrich Haaf (links) mit Peter Mielert. Foto: Redaktion



## S-WEST

# Markt am Vogelsang macht dicht

**Was vor über 20 Jahren als Bauernmarkthalle begann, endet nun als Rewe-Filiale.**

■ Im Mai muss der jetzige Betreiber der Markthalle endgültig den Standort aufgeben. Es ist der Schlusspunkt einer Geschichte der Vermarktung regionaler und biologischer Lebensmittel am Vogelsang mit vielen Hoffnungen, Problemen und Versäumnissen. 1996 eröffnete die Bauernmarkthalle im ehemaligen SSB-Depot. Die dafür gegründete Genossenschaft aus Erzeugern und Verbrauchern sollte eine Direktvermarktung regional und teilweise biologisch erzeugter Lebensmittel in der Innenstadt ermöglichen. Innerhalb der Genossenschaft gab es bald erhebliche Konflikte – das Experiment drohte zu scheitern. Die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft übernahm das Management, um den Übergang in die neue Halle zu sichern. Die Produzenten konnten den Umzug nicht stemmen. So wurde der Markt 2010 mit neuem Konzept eröffnet: ausschließlich Bio-Lebensmittel, ergänzt durch Gastronomie, Bücher und Bekleidung.

**150 NEUE WOHNUNGEN AUF DEM ALTEN SSB-GELÄNDE** | Die Umgebungsflächen sollten durch die SSB möglichst schnell mit Wohnungen bebaut werden. Dafür beschloss der Gemeinderat extra einen neuen Bebauungsplan. Die Pläne wurden aber nie umgesetzt, die SSB trennte sich 2014 von den Grundstücken einschließlich der Markthalle. Sie konzentrierte sich auf ihr Kerngeschäft ÖPNV und finanzierte mit dem Erlös den Ausbau der SSB-Strecken. Auf Betreiben von OB und Gemeinderat wurde in den Kaufvertrag die Verpflichtung zum Bau eines 20-Prozent-Anteils an geförderten Wohnungen aufgenommen. Die

Unternehmensgruppe Pflugfelder und Vogg wird im Frühjahr 2018 mit dem Bau von rund 150 Wohnungen beginnen. Dem Marktbetreiber wurde Anfang 2016 auf Februar 2017 gekündigt, um eine Nutzung mit höherer Rendite zu erreichen. Die Miete war aus Zeiten der SSB vergleichsweise niedrig. Die Kundenfrequenz der Markthalle ließ vor allem unter der Woche deutlich zu wünschen übrig. Eine höhere Miete war deshalb nicht leistbar. Leider erarbeiteten die Betreiber auch erst nach der Kündigung ein Konzept, das sich von den anderen Biosupermärkten abhebt. In Folge der Kündigung führte ich sowohl mit den Eigentümern, als auch den Betreibern und der Wirtschaftsförderung viele Gespräche, um doch noch einen Weiterbestand zu sichern. Leider konnte nur eine Verlängerung der Vermietung bis Mai erreicht werden. Ein neuer Standort, allerdings in einem Nachbarbezirk, ist vermutlich gefunden. Im Herbst wird am Vogelsang ein Rewe-Lebensmittelmarkt mit großem Angebot an regionalen und biologischen Waren starten.

Der Westen verliert ein attraktives Einkaufsangebot. Viele Bürger\*innen haben in den letzten Wochen ihren Unmut über die Entwicklung geäußert. Der Rewe-Markt wird sicher deutlich mehr Kund\*innen anziehen, das besondere Flair wird ihm aber fehlen. Dass jetzt endlich 152 Wohnungen gebaut werden, davon 37 öffentlich gefördert, das ist im Interesse des Stadtbezirks und wird vom Bezirksbeirat begrüßt.

Reinhard Möhrle,  
Bezirksvorsteher Stuttgart-West





RATHAUS  
BAD CANNSTATT

# Riesiges Areal für Innenentwicklung – eine Riesenchance für Bad Cannstatt!

**Die Theodor-Heuss-Kaserne (frühere Funker-Kaserne) wird frei. Die Stadt soll sie jetzt für Wohnungsbau erwerben.**

■ Händeringend suchen wir in Stuttgart Flächen für den Wohnungsbau. Der Drang, auf die wertvollen Ackerflächen zu gehen, nimmt wieder lautere Töne an. Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg meinen, die über lange Jahre mühsam erarbeiteten energetischen und ökologischen Standards über Bord werfen zu können und – koste es, was es wolle – Wohnungsbau höher, schneller, billiger, grenzenlos zu konzipieren. Für uns Grüne gilt nach wie vor:

**INNEN- VOR AUSSENENTWICKLUNG! WEIL WIR NICHT NUR AN MORGEN, SONDERN AUCH AN ÜBERMORGEN DENKEN!** | Die Theodor-Heuss-Kaserne liegt ideal an der Stadtbahnlinie U1, die Haltestelle Beskidenstraße an der Nürnberger Straße ist drei Gehminuten entfernt. In städtebaulich gut integrierter Lage kann das Areal von bestehender Wohnbebauung mit Kindergärten, Spielplätzen und Schulen gut mitversorgt werden. Das Gebiet war einst ein intensiv von der Bundeswehr genutztes Areal. Die Stuttgar-

ter Nachrichten berichteten am 11.4.2011: „Im Lauf der Jahre hat sich die Inanspruchnahme der weitläufigen Anlagen und riesigen Hofanlagen stark reduziert. Es kam zu diversen Umstrukturierungen: Das Feldjägerbataillon zog nach Esslingen, das Sanitätsregiment nach Horb, dafür kam 1993 die die Sport-Fördergruppe Stuttgart dazu – die 2008 wieder aufgelöst wurde. 1994 wurde das Wehrbereichskommando V nach Sigmaringen verlegt. Das Heeresmusikkorps gibt es seit 2004 nicht mehr, auch die Abteilung Militärgeografie wurde nicht mehr gebraucht.“

Bereits bei der Suche nach einem Standort für das sechste Polizeirevier in Bad Cannstatt berichtete der frühere Bürgermeister Hahn im Ausschuss für Umwelt und Technik (UTA) am 18.1.2011: „Was die Funkerkaserne angeht, so scheint die Annahme richtig zu sein, dass das Grundstück zu einem großen Teil nicht belegt ist.“ Das bestreitet die Bundeswehr laut Presse. Das 46.000 Quadratmeter große Gelände sei voll belegt. Angenommen, dort würden 600 Personen arbeiten, dann hätte jede einzelne Person 76 Quadratmeter Grundstücksfläche zur Verfügung. Purer Luxus in einer Großstadt.

In der UTA-Sitzung am 15.3.2016 wurde die Theodor-Heuss-Kaserne als Interimsunterbringung des Sportinternats für die Zeit der Generalsanierung des „Hauses der Athleten“ am Olympiastützpunkt Stuttgart behandelt. Die Interimsnutzung dürfte dieser Tage beendet sein. Diese Fläche war also schon früher frei und wird es nun wieder.

**KAUM GENUTZT, ABER EIN ENORMES POTENZIAL BLOCKIERT** | Unserer Kenntnis nach befindet sich in dem riesigen Areal das Kompetenzzentrum Baumanagement und das Lagezentrum des Landeskommandos. Ansonsten finden Übungen der Berufsfeuerwehr dort statt. Die anderen Flächen dürften privatwirtschaftlich genutzt sein. Wir fragen uns schon, wie wenige bewaffnete Kräfte in der Kaserne stationiert sind und wie wenige Personen ständig in der Kaserne leben. Die Frage ist doch auch: Wie wenig militärische Nutzung rechtfertigt es, ein so großes Areal für die Stadtentwicklung zu blockieren? Deshalb fordern wir, dass die Verwaltungsspitze mit dem Bund Sondierungsgespräche mit dem Ziel aufnimmt, das gesamte Areal oder Teilflächen zu erwerben.

Gabriele Munk



**Militärischer Sicherheitsbereich**  
Unbefugtes Betreten ist verboten!  
Vorsicht Schusswaffengebrauch!  
Die Kasernenkommandantin/Der Kasernenkommandant



S-OST

## Villa Berg: Was lange währt, wird endlich gut

**Auf dem grünen Hügel mitten im Stuttgarter Osten thront die Villa Berg. Ein Klein-, nein eher Großod mit einer langen und bewegten Geschichte.**

**VOLL PRACHT, FUNK- UND STRALKRAFT!** | 1845 bis 1853 vom Hofarchitekten Christian Friedrich von Leins im Stil der italienischen Hochrenaissance erbaut als Kronprinzenresidenz. Dann Sommerresidenz des Königs. Dann die Heimat der ersten Galerie der Stadt Stuttgart, die 1913 die Villa kaufte, sie aber nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Süddeutschen Rundfunk gegen die Karlshöhe tauschte. Viele Stuttgarter\*innen erinnern sich sicher noch an die Rundfunkübertragungen und die herausragenden Live-Konzerte aus dem dann eingebauten Sendesaal. Leider ging man in der Folge nicht pfleglich mit diesem historischen Kleinod um. Zudem wurden die Tonstudios und der Gutbrodbau errichtet. Heutzutage käme kein Mensch mehr auf die Idee, mitten in den Park hinein solche Gebäude zu bauen.

**DER ABSTIEG** | Mit dem Neubau des Südwestrundfunks an der Neckarstraße begann der Niedergang der Villa Berg. Sämtliche Versorgungsleitungen wurden gekappt, die Villa stand verlassen. 2007 folgte der Verkauf an die Häussler-Gruppe, die eine Restauration in der Villa mit weiteren Nobelvillen inmitten des Parks finanzieren wollte. Das Kleinod sollte zum reinen Spekulationsobjekt degradiert und im Park sollten Luxuswohnungen gebaut werden. Doch dagegen wehrten sich Einwohner\*innen und Bezirksbeirat. Schon damals lautete das Ziel: Die Stadt soll die Villa wieder zurückkaufen, Villa und Park

sollten der Bevölkerung zurückgegeben werden. Viele Diskussionen folgten, Häussler meldete Insolvenz an, ein anderer Investor übernahm. Die Villa Berg befand sich in einem verwaorsten und heruntergekommenen Zustand.

**DIE WIEDERBELEBUNG DURCH DIE STUTTGARTER\*INNEN** | Die Stuttgarter Bürgerschaft blieb aktiv. Ab 2012/13 traf sich Occupy Villa Berg zu regelmäßigen Stammtischen in der Friedenau, zu Parkführungen, Picknicks, Diskussionsveranstaltungen, Konzerten und anderen kulturellen Events. Mit der Hilfe der Hochschule für Technik und der Firma Kärcher wurde die Reinigung und Restaurierung des Belfredes im Rosengarten in Angriff genommen. Auch die Grünen im Bezirksbeirat Ost setzten sich weiter für die Villa ein, ebenso unser neugewählter OB Fritz Kuhn. Im Juli 2013 folgte mit Unterstützung unserer Fraktion der Grundsatzbeschluss des Gemeinderats, die Villa Berg zu sanieren und den Park der Villa Berg zu renaturieren. Auch das stand lange noch auf der Kippe – CDU und Freie Wähler plädierten weiterhin für eine Bebauung im Park durch einen privaten Investor. Doch die Chance, die Villa, aber auch den Park wieder den Bürger\*innen zurückzugeben, wurde schließlich genutzt. Und so erfüllte sich endlich, was der Bezirksbeirat seit vielen Jahren parteiübergreifend gefordert hatte, zusammen mit dem Verein Berger Bürger, Occupy Villa Berg und dem Stöckach-Treff. Der Beschluss kam 2013 – passend zum Jubiläum des ersten Kaufs durch die Stadt im Jahre 1913.

Aber auch dann dauerte es noch, zähe Verhandlungen waren nötig. Doch seit dem ersten Januar 2016 ist die Villa wieder im Besitz der Stadt.

Eine Zwischennutzung war aufgrund des erbärmlichen Zustands nicht nur der Villa, sondern auch der Studios leider nicht möglich. Aber bald darauf folgte der nächste große Schritt: Eine groß angelegte Bürgerbeteiligung, die der Bedeutung von Villa und Park gerecht wurde. Heterogen zusammengesetzte Arbeitsgruppen nahmen ihre Arbeit auf. Große Veranstaltungen mit renommierten Fachleuten folgten, die vielen Ideen aus der gesamten Stadt wurden gesammelt, eingeordnet und bewertet, gemeinsam konnte ein Nutzungskonzept gefunden werden.

**BÜRGERBETEILIGUNG MIT VIELEN ARBEITSGRUPPEN UND NUTZUNGSKONZEPTEN – BIS ZUM „HAUS FÜR MUSIK UND MEHR“** | Die Strahlkraft von einst soll die Villa auch in Zukunft wieder entfalten können, so der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger. Ein „offenes Haus für Musik und Mehr“ war das Ergebnis der umfangreichen und gut besuchten Bürgerbeteiligung zu Villa und Park. In einem solchen Haus könnte auch der ebenfalls denkmalgeschützte Eiermann-Konzertsaal sinnvoll genutzt werden; ergänzt durch Räume für Workshops, Veranstaltungen, Vereine und Initiativen und unterstützt durch eine passende Gastronomie. Ganz im Sinne der Leitlinien der Bürgerbeteiligung: Strahlkraft, Achtsamkeit, Austausch und Begegnung. So können Villa und Park wieder zum Leben erweckt werden – für den Stadtteil, die gesamte Stadt und darüber hinaus.

*Petra Rühle*

# Kommunalpolitische Chronik

Wieder wollen wir Ihnen an dieser Stelle Rechenschaft über den öffentlichen Teil unserer Anträge und Anfragen der letzten Monate geben, mit denen wir unser Grünes Programm auf den Weg bringen wollen. Anträge sind und bleiben das Königsrecht des Stadtrats, mit dem er die Verwaltung beflügeln oder zwingen kann, bestimmte Themen zu bearbeiten, und mit dem sich dann auch Abstimmungen in diesem Gremium herbeiführen lassen.

Eine Auswahl.

■ **„MEHR WOHNRAUM SCHAFFEN AUF BESTANDSFLÄCHEN“** ist eine **ANTRAGSSERIE** überschrieben, zu der etliche grüne Stadträtinnen und Stadträte beigetragen haben. Der Druck auf dem Stuttgarter Wohnungsmarkt bringt es mit sich, dass gern auch wieder – meist mit Macher-Attitüde – die Ausweisung neuer Baugebiete auf der Grünen Wiese gefordert wird. Wer dies propagiert, blendet aus, dass für die Aufstellung eines Bebauungsplans gut und gerne mehrere Jahre vergehen. Und dies nicht, weil die Verwaltung langsam arbeitet, sondern weil es für das Verfahren klare Fristen gibt, innerhalb welcher Bürger\*innen ihre Einwendungen machen können und eine Interessensabwägung stattfindet.

Wer auf der Grünen Wiese bauen (lassen) will, ignoriert zudem die Bedeutung der Freiflächen. Diese haben einen zu hohen ökologischen und klimatischen Wert, um sie zu bebauen. Wengerte, Wälder und Wiesen bilden eine attraktive Umgebung und für die ortsansässigen Landwirte oft die Existenzgrundlage.

Seit mindestens dem Jahr 2000 hat die grüne Fraktion die Nachhaltigkeit und Stärkung der Innenentwicklung angeregt und vorangetrieben. Seither konnten erhebliche Flächen identifiziert und verfügbar gemacht werden.

Dennoch ist ein Aktivieren weiterer Flächenpotenziale erforderlich. Mit dieser Antragsreihe wird der Blick auf mindergenutzte Areale gerichtet: Auch die Mobilisierung von Baulücken trägt zur Entlastung des Wohnungsmarkts bei. Baulücken, Brachen, funktionslos gefallene Flächen, mindergenutzte Flächen, auch überdimensionierte Parkplatz- und anderweitige Nutzflächen (es lassen sich noch mehr „Unternutzungsbeispiele“ nennen), können zu Wohnbauflächen im bebauten Stadtgebiet werden. Dadurch wird nicht nur der Siedlungsdruck auf Grünflächen vermindert, auch die vorhandene Infrastruktur – angefangen bei Energieversorgung, Wasser und Abwasser bis Kitas, Schulen und Nahversorgung – wird besser ausgelastet und das jeweilige Stadtviertel aufgewertet.

Seit Mitte Februar wurden hierzu die folgenden Anträge gestellt:

- **NACHVERDICHTUNG IN MÜHLHAUSEN**
- **ENBW-REGIONALZENTRUM KAUFEN**
- **GRÖßERE ENTWICKLUNGSFLÄCHEN ALS URBANE GEBIETE AUSWEISEN**
- **JÄGERSTRASSE 56 UND 58**
- **BEBAUUNGSPLAN FÜR DIE FLÄCHE GEGENÜBER DEM MEDIAFORUM ÄNDERN**
- **GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN BESSER AUSNUTZEN DURCH BAURECHTSÄNDERUNG**

Mit dem Antrag **„ENERGIEWENDE AUF TRAB BRINGEN: MEHR SOLARANLAGEN AUFS DACH!“** fragt *Silvia Fischer* nach, ob ein 2010 nach grüner Initiative gefasster Gemeinderatsbeschluss seinen Weg in die Verwaltungspraxis gefunden hat. Gemäß diesem Beschluss sollen städtische Dachflächen, soweit sie nicht selbst von der Stadt genutzt werden, zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen über die Dachflächenbörse angeboten werden; gemeinnützigen Organisationen sollen Dachflächen weiterhin pachtfrei zur Verfügung gestellt werden. Zudem soll bei Neubauten oder Sanierung städtischer Dächer grundsätzlich geprüft werden, ob eine PV-Anlage sinnvoll errichtet werden kann. Weiter bittet sie um Darstellung, wie neue technologische Entwicklungen (wie Solarziegel, Dünnschichtsolarfolie, Batterie-Speicherlösungen etc.) gefördert werden können und wie bei privaten Neubauprojekten PV- und/oder solarthermische Anlagen eingefordert werden können und bei solchen Bauprojekten umgesetzt werden.

Mit dem kreativen Vorschlag eines **NULL-EMISSIONS-TUNNEL** möchte *Petra Rühle* die **VERKEHRSSITUATION IN OSTHEIM** verbessern. Der Stuttgarter Osten leidet massiv unter der Belastung durch den motorisierten Individualverkehr. Alternativen wie der ÖPNV oder der Radverkehr sind darüber hinaus auch noch die Leidtragenden der durch den Autoverkehr verursachten Staus. Statt ganz Ostheim zu untertunneln – eine Tunnellösung wieder einmal nur für den Autoverkehr, für viel Geld, ohne Fördermöglichkeiten durch das Land und mit



Foto: Ferdinando Iannone, Landeshauptstadt Stuttgart



S-MITTE

### ■ MOOSWAND AM NECKARTOR: MACHT SIE DEM FEINSTAUB DEN GARAUS?

Am Neckartor ist jetzt die erste Mooswand im Land mit den Moosmatten behängt. Der kleine graue Zackenmützenmoos-Held ist ein Staubfresser par excellence. Er verwandelt Feinstaub in Pflanzenmasse. Hoffen wir, dass er gut gedeiht.

langer Bauzeit –, soll geprüft werden, ob die Nordröhre des Wagenburgtunnels nutzbar ist. Diese Röhre, die begonnen, doch dann aufgrund von verkehrlichen Überlegungen verworfen und teils zugeschüttet worden war, könnte man zu einem Null-Emissions-Tunnel für E-Busse, Radfahrer und Fußgänger ausbauen: schneller umsetzbar, finanziell günstiger und deutlich zukunftsfähiger.

In den vergangenen Jahren hat der öffentliche Raum in der Stuttgarter City, also im Gebiet innerhalb des Cityrings, durch verschiedene bauliche und städtebauliche Maßnahmen an Attraktivität gewonnen. Aber diese Bemühungen, den öffentlichen Raum in der City aufzuwerten und attraktiver zu gestalten, wird dort noch an zu vielen Stellen durch eigentlich unnötigen Verkehr konterkariert – sei es durch Parksuchverkehr, sei es durch überwiegend abendlich stattfindendes „Cruisen“. *Jochen Stopper* orientiert sich an europäischen Städten vergleichbarer Größe wie Bordeaux, Florenz oder Pisa, die mit intelligenten verkehrlichen und städtebaulichen Konzepten erfolgreich gezeigt haben, wie ganze Innenstädte zu attraktiven öffentlichen Räumen werden, und schlägt als ersten Schritt hin zu einer **FLANIER- UND BEGEGNUNGS-ZONE CITY** verschiedene Ansätze zur Verkehrsberuhigung und attraktiveren Gestaltung des öffentlichen Raums innerhalb des Cityrings vor.

*Benjamin Lauber* greift Informationen auf, nach denen die Stadt aufgrund eines inzwischen aufgelaufenen **AUSZAHLUNGS-STAUS BEI BAUKOSTENZUSCHÜSSEN AN SPORTVEREINE** ihre Mittel nicht zeitnah und dem Baufortschritt entsprechend auszahlen kann. Die Vereine müssen deshalb in Vorleistung gehen und belastende Zwischenkredite aufnehmen, um Rechnungen fristgerecht bezahlen zu können. Da die Stadt Stuttgart für die Vereine ein verlässlicher Partner sein soll, ist ein solcher Auszahlungstau zu vermeiden und zeitnah für Abhilfe zu sorgen.

Das **GESCHWISTER-SCHOLL-GYMNASIUM** in Sillenbuch ist unbestritten sanierungsbedürftig, eine Machbarkeitsstudie existiert seit 2014. Offen ist noch, ob die Schule grundlegend saniert oder neu gebaut wird. *Beate Schiener* möchte als Grundlage für eine objektive und sachliche Debatte dargestellt haben, ob übergeordnete (Straßen-)Planungen einem Neubau des Gymnasiums entgegenstehen.

**WIE WEITER MIT DEM ZÜBLIN-AREAL?** Nachdem jetzt die Initiative für die Leonhardsvorstadt das Leonhards- und das Bohnenviertel wieder zusammenbringen will, hält *Andreas G. Winter* es für erforderlich, Klarheit über die Zukunft des Züblin-Areals zu schaffen – besonders nachdem sich im Stadtbezirk Mitte das Gerücht hartnäckig hält, es gäbe über die Zukunft dieses Areals keine gültigen Verträge, sondern lediglich Absichtserklärungen.

Seit Inkrafttreten der Wohngeldreform im Januar 2016 haben sich die Wartezeiten bis zum Erhalt des Wohngeldbescheids erheblich verlängert – in mehreren Bezirken dauert es inzwischen vier bis sechs Monate, Tendenz steigend. Das konterkariert nicht nur die Ziele der Wohngeldreform, es drohen auch erhebliche Probleme bei der Ausgabe der für Schwellenhaushalte so wichtigen Bonuscard. *Jochen Stopper* beantragt deshalb zusammen mit SPD, SÖS-Linke-PluS, den Freien Wählern und der FDP die **SCHAFFUNG EINER STELLE IM BEREICH WOHNELD.**

In der Sitzung des Bezirksbeirats Wangen am 21.11.2016 wurden die Beiräte kurzfristig über **ERSCHLISSUNG UND AUSBAU DES WEGS „ZUR STAIBHÖHE“** informiert. Den Bezirksbeirat\*innen blieb „völlig unklar“, wer die Nutzer der öffentlichen Parkplätze sein sollen, die an dem Weg geschaffen werden sollen. Laut Sitzungsprotokoll „treten im Verlauf der Diskussion viele Fragen auf und das Vorhaben stößt auf große Verwunderung“. Zu viele offene Fragen, meint *Gabriele Munk*. Sie beantragt daher, das Vorhaben zu stoppen und zuerst Antworten zu geben.

Gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, SÖS-Linke-PluS und Freien Wählern treten wir für eine **MASSVOLLE QUARTIERS-ENTWICKLUNG AUF DEM FASANENHOF** ein. Der nach einer mehrphasigen Bürgerbeteiligung erarbeitete Kompromissvorschlag stellt für *Beate Schiener* eine gute Grundlage für die Auslobung eines Wett-



Foto: Laura Geßner



## VAIHINGEN

### ■ PRAXISTEST: GRÄSER FÜR GLEISBEGRÜNUNG

Gratulation an die SSB zum ÖPNV-Innovationspreis 2017 für die begrünten Gleise der U 12 zwischen Wallgraben und Dürrlewang! Dort werden in verschiedenen Abschnitten unterschiedliche Gräsermischungen für die Rasengleise getestet. Wir hoffen, dass es nun einen Schub gibt, um künftig konsequent die Strecken, die saniert werden müssen, zu begrünen. Mit der Begrünung von vier Kilometern Gleisfläche könnte ca. ein Hektar Vegetationsfläche neu (!) geschaffen werden, die gerade in der Innenstadt für Luftreinhaltung, Lärminderung und Kühlung sowie als Lebensraum für viele Kleintiere hochwillkommen ist.

bewerbs und die Aufstellung eines Bebauungsplans dar, in dem auch die von den beteiligten Bürger\*innen erarbeiteten Grundsätze Berücksichtigung finden. Das durch den neuen Stadtbahnanschluss jetzt hervorragend an den öffentlichen Nahverkehr angebundene Gebiet besitzt Potenzial für die Schaffung von kostengünstigem, barrierefreiem und altersgerechtem Wohnraum, die Sicherung der Infrastruktur, die Steigerung der Attraktivität für junge Leute und Familien.

**WAS, WENN DER STADT EIN GEBÄUDE ODER GRUNDSTÜCK ZUM KAUF ANGEBOTEN WIRD?** Die letzten Endes vergebliche Intervention eines großen Teils des Gemeinderats beim Bieterverfahren zum ehemaligen Offizierskasino in der Rommelstraße 4 in Bad Cannstatt hat deutlich gemacht, dass hier Regelungsbedarf besteht. Die Stadt hatte das Objekt von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum Kauf angeboten bekommen. Der Gemeinderat wurde über dieses Angebot nicht informiert. *Silvia Fischer* ist der Auffassung, dass der Gemeinderat in die Entscheidung einbezogen werden muss, wenn der Stadt ein Objekt oder Grundstück von besonderem Wert für die Stadt angeboten wird. Die Verwaltung soll daher Kaufangebote mit besonderer Bedeutung dem Gemeinderat vorlegen.

Nicht alle Kinder in Stuttgart finden einen Betreuungsplatz. Der Ausbau an Kitas kommt gut voran; das größere Problem ist, Erzieher\*innen zu finden. Erfolg verspricht hier die Praxisintegrierte Ausbildung (PIA). Schon im ersten Jahr konnten 45 Fachkräfte zusätzlich ausgebildet werden, der überwiegende Teil von ihnen ist bei der Stadt geblieben. *Vittorio Lazaridis* sieht, gemeinsam mit SPD, SÖS-Linke-PluS und FDP, in der **PIA-AUSBILDUNGSPRÄMIE FÜR FREIE TRÄGER** eine geeignete Maßnahme, **WEITERE ERZIEHER\*INNEN** zu gewinnen. Den freien Trägern wird eine tarifkonforme Ausbildungsprämie für PIA in Höhe von 100 Euro im Monat pro Auszubildender/m gewährt, wenn sie die Zahl ihrer Ausbildungsplätze um mindestens 30 Prozent erhöhen.

*Gabriele Nuber-Schöllhammer* ist mit der Antwort auf einen früheren Antrag sehr unzufrieden und stellt Antrag und Frage nochmals: **WOHIN MIT DEN KITA- UND SCHULKINDERN BEI BÜRGERHOSPITAL & CO.?** Da die dortigen Neubaugebiete jetzt nach und nach fertiggestellt werden, muss man davon ausgehen, dass auch in bereits bestehenden Klassen mehr Kinder beschult werden müssen. Das bedeutet: mehr Klassen und Raumbedarf in allen Jahrgängen. Die von der Verwaltung vorgelegte Darstellung der künftigen Schülerströme ist nicht schlüssig und teilweise fehlerhaft. Daher soll die Anzahl der erwarteten Kinder und die Planung von Schul-

neubauten für das neu entstehende Gebiet Rosenstein noch einmal, diesmal schlüssig, dargelegt werden.

Eine flexible Stellenbewirtschaftung im Schulbaubereich des Hochbauamts könnte **DEN STAU BEI SCHULNEUBAUTEN UND -SANIERUNGEN AUFLÖSEN** helfen, meint *Gabriele Nuber-Schöllhammer*.

Knapp 100 Millionen Euro wurden für die Baumaßnahmen im letzten Haushalt bereitgestellt. Das Sanierungs- und Neubauprogramm kommt aber nicht richtig vorwärts, weil rund ein Viertel des entsprechenden Fachpersonals im Hochbauamt nur befristete Stellen hat. Ein Teil dieser Stellen ist nicht einmal besetzt, da die Befristung eine Neubesetzung erschwert und bei besetzten befristeten Stellen jederzeit mit einer Kündigung zu rechnen ist.

*Gabriele Nuber-Schöllhammer* macht gemeinsam mit den Kolleg\*innen von CDU, SPD und Freien Wählern die **LANDWIRTSCHAFTLICHE SCHULE** ein weiteres Mal zum Thema. Selbst nach jahrelanger Suche ist immer noch nicht klar, wo die Schule unterkommen wird. Derzeit ist sie interimweise im Stuttgarter Westen untergebracht, und noch gibt es Hoffnung, dass sie eines Tages nach Vaihingen umziehen kann.

Heute ist es unvorstellbar, dass sich an der **TÜBINGER STRASSE UNTER DER PAULINENBRÜCKE** einst eine Tankstelle befand. Noch keine zehn Jahre ist es her, dass diese schließen musste, weil sich eine Mehrheit im Gemeinderat gegen eine Vertragsverlängerung ausgesprochen hatte. Seither hat die Straße eine enorme Aufwertung erfah-

ren und entwickelt sich zu einem Schmuckstück der Stadt. Dabei sind die beschlossenen Umgestaltungsmaßnahmen an Tübinger Straße und Paulinenbrücke noch gar nicht alle umgesetzt worden.

*Christine Lehmann* ist der Ansicht, dass man den Bereich unter der Brücke gegenüber den Häusern Paulinenstraße 8 bis 20 jetzt ebenfalls aktiv angehen muss. Sie fordert, den Vertrag mit dem Parkflächenbetreiber zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen und die so entstehende „Stadtlücke“ zur interimistischen Nutzung zu entwickeln.

**ÖKO, FAIR? WER BESTELLT, BESTIMMT!**, weiß *Anna Deparnay-Grunenberg*. Weil vieles, was von der Stadt bewirtschaftet wird, weder öko noch fair ist, soll die Stadt ihr großes Investitionsvolumen nutzen, um im Rahmen von Bieterdialogen Kriterien für eine ökofaire Beschaffung gemeinsam mit den produzierenden Unternehmen zu erörtern. Die sorgfältig zu dokumentierenden Ergebnisse dieser Dialoge können dann in Ausschreibungen einfließen, womit Kriterien für eine ökofaire Beschaffung festgeschrieben werden können.

*Gabriele Munk* schlägt vor, die **THEODOR-HEUSS-KASERNE ZUM WOHNEN** zu entwickeln. Die ehemalige Funkerkaserne war in früheren Zeiten ein von der Bundeswehr intensiv genutztes Areal. Im Lauf der Jahrzehnte hat sich die Inanspruchnahme der weitläufigen Anlagen durch die Bundeswehr sehr stark reduziert. Die Stadt hingegen sucht händeringend nach Wohnbauflächen. Die Umnutzung des Kasernenareals in ein Wohngebiet wäre geradezu ideal.

Erster Schritt: mit dem Bund Sondierungsgespräche aufnehmen mit dem Ziel, das gesamte Areal der Theodor-Heuss-Kaserne oder große Teile davon zu erwerben.

**KATZENBACH- UND STEINBACHSEE VERKAUFEN?** Das möchte die EnBW – beide Seen waren offenbar mit der Übernahme der Neckarwerke Stuttgart in ihr Eigentum übergegangen. Hier im Landschaftsschutzgebiet finden geschützte Vögel (wie Eisvogel, Graureiher, Kormoran, Bläshuhn und Fischadler), verschiedene geschützte Amphibien- und Reptilienarten sowie geschützte Fledermausarten ihren Lebensraum. Darüber hinaus schaffen die Seen für viele Stuttgarter\*innen einen Ort der Naherholung. *Björn Peterhoff* findet, die Hinteren Parkseen sollen so bleiben, wie sie sind, und bittet die Stadtverwaltung aufzuzeigen, wie die Seen wieder in die öffentliche Hand kommen.

Eine **GRÜNE WELLE FÜR STADTBAHNEN** in Bad Cannstatt muss nach Auffassung von *Björn Peterhoff* Schluss machen mit der derzeitigen Benachteiligung der Stadtbahnen und Busse am Wilhelmsplatz. Derzeit müssen die 200 bis 250 Fahrgäste einer Stadtbahn am Wilhelmsplatz 20 bis 40 Autos den Vorrang einräumen – der öffentliche Verkehr wird blockiert statt ausgebaut. Entlang der Straßenzüge soll eine Pfortnerampel den Verkehrsstrom reduzieren, damit dort die Lärm- und Stickoxidgrenzwerte vom roten wieder in den grünen Bereich finden.

In Untertürkheim darf die Deutsche Bahn AG künftig an allen Tagen auch in der Zeit zwischen 22 und 24 Uhr sprengen. In ganz

# DAS STADT BLATT

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

gefällt Ihnen DAS STADTBLATT? Wir freuen uns über Ihr Lob, nehmen aber auch Ihre Anregungen sehr gerne entgegen.

Wenn Sie denken, dass Ihre Freunde, Bekannten und politischen Gegner DAS STADTBLATT ebenfalls lesen wollen, nehmen wir gern deren Adresse auf – schicken Sie uns einfach die umseitige Karte ausgefüllt zurück. Grüne Ziele müssen noch bekannter gemacht werden, grüne Politik braucht noch mehr Unterstützung. Schön, wenn Sie uns dabei helfen.

Deutschland gab und gibt es keinen vergleichbaren Fall, in dem bei solch geringer Überdeckung und im Bereich von Wohnbebauung überhaupt Sprengungen unter Tage stattfinden. In Ulm beim Bau des Alaufstiegstunnels wurde den Anwohner\*innen sogar eine Nachtruhe von 22 Uhr bis 6 Uhr zugestanden. Die Bewohner\*innen des Lindenschulviertels sollen jetzt aber nicht mal, wie die durch den Bau der parallelen Weströhre Betroffenen, Ausweichquartiere oder Hotelzimmer angeboten bekommen. *Clarissa Seitz* erkundigt sich, weswegen kein weitergehender **ANWOHNERSchUTZ BEI NÄCHTLICHEN SPRENGUNGEN** vorgesehen ist, und fordert, dass die Stadtverwaltung auf die Bahn einwirkt, dass den Bewohner\*innen des Lindenschulviertels mindestens ein Minimal-schutz gewährt wird.

Ein niederer Verdienst und eine unterbrochene Erwerbsbiografie wirken sich ganz ungünstig auf die spätere Rente aus. Heute ist diese Kombination oft typisch bei Frauen, weil es vor allem sie sind, die für die Kinder zu Hause bleiben oder die Eltern pflegen. Gerade jüngere Frauen sollten daher früh die Auswirkungen ihrer geplanten Erwerbsbiografie kennen. *Andrea Münch* möchte **AUS ANLASS DES INTERNATIONALEN FRAUENTAGS** die bei der Stadt beschäftigten Frauen über die Angebote der städtischen wie auch der Deutschen **RENTENBERATUNG** informieren lassen.

Veraltete Motorroller emittieren im Vergleich zu modernen Autos 124 Mal mehr Schadstoffe als Viertakter. *Björn Peterhoff* sieht deshalb in einer **UMWELTPRÄMIE FÜR ZWEITAKT-ROLLER** eine weitere Maßnahme, die Feinstaub- und Stickoxidbelastung der Luft im Stuttgarter Kessel zu senken. Wie in Tübingen könnte der Umstieg von Motorrollern auf ein nachhaltig angetriebenes Pedelec, E-Bike oder einen Elektroroller finanziell unterstützt werden: „Jedes E-Bike und jeder E-Roller, der dank der Prämie einen alten Zweitakter mit hohem Schadstoffausstoß ersetzt, ist ein Erfolg.“

Auch an **PfLEGE AM SCHWANENPLATZ** zu denken, empfiehlt *Gabriele Nuber-Schöllhammer*. In dem Areal am Schwanenplatz entsteht in nächster Zeit ein neues Wohngebiet. Die Berger Bürger (der eingetragene Bürgerverein für Berg) hatten zudem die Idee eines Gesundheitscampus entwickelt, für den sich jedoch selbst nach zweimaliger Ausschreibung kein Investor fand. Daher kann nun neu über die Fläche nachgedacht werden. Nach wir vor halten wir sie für Baugemeinschaften gut geeignet. Weil in der Stadt aber ein großer Mangel an Pflegeplätzen und genauso an geeigneten Baugrundstücken für Pflegeeinrichtungen vorherrscht, soll geprüft werden, ob sich die Fläche auch für eine Pflegeeinrichtung eignet und wie viele Plätze dort geschaffen werden könnten.

Auch *Petra Rühle* thematisiert **FEHLENDE PfLEGEPLÄTZE IN DER STADT**. Bis zum Jahr 2025 werden zwischen 7.328 und 6.637 fehlende Pflegeplätze prog-

nostiziert. Schon seit 2015 sucht die Stadt händeringend Grundstücke, die sich für den Bau von Pflegeheimen oder Pflege-wohngemeinschaften eignen. Auch im Fasanenhof werden aufgrund des demografischen Wandels weitere Plätze nötig werden. Angeregt wird, die Eignung städtischer Grundstücke neben der Fasanenhofschule oder am Logauweg für Pflegeeinrichtungen und/oder Pflege-wohnungen zu prüfen.

Seit vor wenigen Jahren der Durchbruch bei der industriellen Fertigung moderner Holzwerkstoffe erfolgt ist, werden immer mehr und immer größere Gebäude aus Holz gebaut. Holz als Baustoff setzt sich jetzt auch in der Stadt Stuttgart durch und wird über kurz oder lang auch das Gesicht der Stadt mitprägen. Warum Holzbauten? Sie machen gute Dämmwerte möglich und erzeugen ein sehr gesundes Raumklima. Holz ist ein nachwachsender Rohstoff, der CO<sub>2</sub> bindet und somit zum Klimaschutz beiträgt. *Gabriele Munk* regt daher an, im Rahmen eines Pilotprojekts auf dem Neckar-park **GESCHOSSWOHNUNGSBAU AUS HOLZ** zu fördern.

Die Flüchtlingsunterkunft Steinröhre bei Hausen an der Grenze zu Ditzingen besteht aus fünf Systembauten. Dort leben demnächst fast 400 Menschen. Die Erschließung zum Hausenring für den Auto- und Fußverkehr erfolgt über eine ungefähr 90 Meter lange Straße zwischen Hausen und Flüchtlingsunterkunft, die nur rund vier Meter breit ist und auf der morgens und abends reger Verkehr herrscht. Auch die Schulkinder müssen die Straße

[ Antwort gern auch via E-Mail an: [gruene.fraktion@stuttgart.de](mailto:gruene.fraktion@stuttgart.de), oder per Fax an: 0711 216-60725 ]

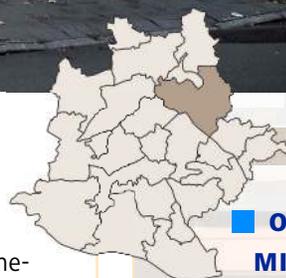
**Ja bitte,**  
senden Sie DAS STADTBLATT künftig auch an  
diese Adresse/n, per Post oder E-Mail:

An  
Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat Stuttgart  
Rathaus, Zimmer 8  
Marktplatz 1  
70173 Stuttgart

**Ja, ich habe einen Verbesserungsvorschlag:**



Foto: Lichtgut/Achim Zwegarth



## BAD CANNSTATT

### ■ OFFIZIERSKASINO VERKAUFT, MITSPRACHE VERSPROCHEN

Als dieses Schmuckstück, das ehemalige Offizierskasino in Bad Cannstatt, der Stadt Stuttgart zum Kauf angeboten wurde, hat der Gemeinderat zu spät interveniert – ein anderer Käufer kam zum Zug. Dieses Ärgernis haben wir zum Anlass genommen, zu fordern, dass der Gemeinderat einbezogen werden muss, wenn der Stadt Objekte oder Grundstücke von besonderem Wert angeboten werden.

Einen besonderen Wert erhält ein Objekt unserer Meinung nach durch Denkmalschutz, besondere kulturelle Bedeutung oder wenn es Teil einer Sachgesamtheit oder stadtbildprägend ist.

Im Wirtschaftsausschuss hat uns die Verwaltung jetzt mitgeteilt, dass sie diesem Wunsch in Zukunft nachkommt. Stadtbildprägende Gebäude stehen in Stuttgart somit künftig unter unserer besonderen Beobachtung!

benutzen, um zur Schule zu kommen. In einem interfraktionellen Antrag mit SPD und SÖS-Linke-Plus fordert *Clarissa Seitz* **MEHR SICHERHEIT FÜR DEN FUSS-VERKEHR.**

Bereits im Juli 2013 (!) haben wir einen Antrag gestellt, in dem ein Bericht zu den Möglichkeiten angefordert wurde, **BEI STADTBAHN-GLEISSANIERUNGEN AUF RASENGLEISE UMZUSTELLEN.** Dieser Antrag ist bis heute nicht beantwortet, die Begründungen lassen noch sehr auf sich warten. Weil die Vorteile eines „Grünen Bands mit Gleisanschluss“ aber so zahlreich sind – sie tragen zu einer erheblichen Verminderung der Schallimmissionen bei, leisten einen Beitrag zur Biodiversität und erfüllen eine Vielzahl ökologischer Funktionen wie Wasserrückhaltung bei (Stark-) Niederschlägen, Senkung der Umgebungstemperatur durch Verdunstung, Bindung von Feinstaub und von Luftschadstoffen und Verbesserung des Mikroklimas –, dringt *Clarissa Seitz* auf einen Rapport der SSB und auf die Forcierung der Gleisbegrünung.

In vielen Stadtteilen hat der Schleichverkehr in den Anliegerstraßen in unzumutbarer Weise zugenommen. Eine Kontrolle durch die Polizei oder den „Feldschutz“ findet wegen personeller Unterbesetzung allenfalls sporadisch statt. Gemeinsam mit der Fraktionsgemeinschaft SÖS-Linke-Plus schlagen wir die **ANWOHNERFREUNDLICHE UNTERBINDUNG DES SCHLEICH-VERKEHRS** vor. Anliegerfreundliche Durch-

fahrtssperren sind versenkbare Poller, die Anwohner\*innen und Anlieger\*innen per Fernbedienung herunterfahren können. *Clarissa Seitz* schlägt zahlreiche Straßen vor, auf denen Handlungsbedarf besteht.

Die Initiative Garnisonsschützenhaus hat von der ursprünglichen Idee Abstand genommen, das Garnisonsschützenhaus und das Wachhaus zu erwerben und zu betreiben, da ein wirtschaftlicher Betrieb bei den Auflagen der Stadt nicht zu leisten sei. Deshalb hat sich im Oktober 2016 ein Verein gegründet, der das Projekt „Raum für Stille“ in Nachbarschaft der Friedhöfe weiterverfolgen möchte. Wegen der lebendigen öffentlichen Debatte um diesen Ort schlägt *Christine Lehmann* mit Stadtratskolleg\*innen von der SPD vor, diese Grundstücke und Gebäude in städtischer Hand zu behalten und **TEILE DES GARNISONSSCHÜTZENHAUSES AN DEN VEREIN „GARNISONSSCHÜTZENHAUS – RAUM FÜR STILLE“ ZU VERPACHTEN.**

*Martin Steeb*

**Alle diese Anträge und Anfragen wie auch weitere, hier nicht erwähnte Anträge und – soweit vorhanden – die Stellungnahmen der Verwaltung dazu können auf der Homepage der grünen Gemeinderatsfraktion nachgelesen werden: [www.lust-auf-stadt.de/antraege](http://www.lust-auf-stadt.de/antraege)**

# Unser teurer Rosensteintunnel

■ **AM NECKAR UFERT'S.** | Auf der allerletzten STADTBLATT-Seite lesen Sie Kurioses und Aberwitziges lustvoll glossiert. Diesmal nicht! Statt Glosse folgt, den aktuellen Auseinandersetzungen mit der

Firma Wolff & Müller und der damit verbundenen erneuten Kostensteigerung ist's geschuldet, der x-te Akt eines Trauerspiels: Rosensteintunnel.

Dass das Projekt am Neckar ausufert, das haben wir gleich zu Anfang gesagt – und haben's doch nicht viel

besser gewusst. Denn *wie* sehr die Kosten nun tatsächlich aus dem Ruder laufen, damit haben wir nicht gerechnet. Zur Erinnerung: Um das Jahr 2000 herum wurde der Rosensteintunnel auf den Weg gebracht – diesen Weg frei gemacht hatte eine SPD-Fraktion im Rathaus, die gegen den Willen der Mehrheit in ihrer Kreispartei ihr Okay gab. Schon damals wiesen wir darauf hin, dass der Tunnel über zehn Jahre hinweg alle anderen Straßenprojekte in der Stadt kannibalisiert und über eine Dekade hinweg alle Landesmittel für den Straßenbau und -unterhalt frisst. Die Folgen?

Die Folgen zeigen sich heute an den Klagen aus dem Referat T, SPD-geführt, über fehlende Mittel für den Straßenunterhalt. Aber auch das hat schon damals nicht interessiert. Beim Grundsatzbeschluss im Jahr 2001 wurden die Kosten noch mit 105 Millionen Euro beziffert. Das war vor der Finanzkrise und also richtig viel Geld. Zum Baubeschluss

2012 kletterten sie auf 193,5 Millionen Euro, zum Doppelhaushalt 2014/2015 schon auf 231 Millionen Euro und im Jahr 2015 führen Preissteigerungen und Risiken zu Kosten in Höhe von 274,62 Millionen Euro. Und damit ist immer noch kein Ende erreicht – auch der Rechtsstreit mit der Firma Wolff & Müller wird teuer.

Weiteres großes Ärgernis neben den Kosten ist, dass Bad Cannstatt schon seit geraumer Zeit für Fußgänger\*innen und Radler\*innen abgehängt ist – wegen nichts und wieder nichts. Der Steg wurde unnötigerweise so früh abgerissen, und es dauert jetzt trotzdem bis mindestens Ende 2018, bis der neue Rosensteinsteg eingeweiht wird.

**PREISPOLITIK** | Der Rosenstein hat sich längst eingereiht in die Reihe der Projekte, die der Stadt wenig Nutzen stiften oder gar schaden, und die mittels „politischer Preise“ durchgedrückt wurden. Das hatte der zuständige Bürgermeister dann auch vor zwei Jahren freimütig eingeräumt. Wir zitieren aus dem Protokoll: „In der Fachwelt werde derzeit diskutiert, dass man bei solchen Projekten mit Unvorhergesehenem zwischen 15 bis 20 Prozent kalkulieren sollte. Jetzt wissen Sie alle, was das bedeutet hätte, wenn man das zum Tage des Grundsatzbeschlusses gemacht hätte.“ Trauerspiel? Nennen wir's lieber Groteske. Gut, das war gestern. Bei künftigen Tunnelprojekten werden wir Kostenklarheit einfordern. Und sie dann auch bekommen? Die groteske Tragödie – *sie* ist keine Fiktion.

*Anna Deparnay-Grunenberg*

Luftnummer.  
Foto: Redaktion

## DAS STADTBLATT | MÄRZ 2017 | IMPRESSUM

**Herausgeber\*innen:** Anna Deparnay-Grunenberg, Silvia Fischer, Benjamin Lauber, Vittorio Lazaridis, Christine Lehmann, Andrea Münch, Gabriele Munk, Gabriele Nuber-Schöllhammer, Björn Peterhoff, Petra Rühle, Beate Schiener, Clarissa Seitz, Jochen Stopper, Andreas G. Winter

**Titelfoto:** Laura Geßner

**Redaktion:** Petra Rühle und Andreas G. Winter (verantwortlich), Martin Steeb

**Redaktionelle Mitarbeit, Gestaltung:**

Sabine Weissinger, freie Journalistin, Stuttgart

**Bündnis 90 / Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Stuttgart**

Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart  
Telefon 0711 216-60722, -60723, -60727  
Telefax 0711 216-60725

**Geschäftsstelle:**

Rebecca Benez, Thomas Dengler, Martin Steeb

**Diskussionsbeiträge willkommen unter:**

gruene.fraktion@stuttgart.de

**Druck:** UWS, Stuttgart, auf 100% Recyclingpapier

**DAS STADTBLATT wird auf Wunsch zugeschickt und ist über das Internet verfügbar:**

[www.lust-auf-stadt.de](http://www.lust-auf-stadt.de)

